



Jahresbericht 2013

BUND Niedersachsen

Inhalt

■ Vorwort	3
■ Lobbyarbeit	4
■ Anwalt der Natur	5
■ Naturschutz	6
■ Wald	11
■ Moorschutz	12
■ Landwirtschaft	14
■ Flüsse	16
■ Grundwasser	18
■ Energie	20
■ Verkehr	23
■ Wattenmeer	25
■ Kinder und Jugend	28
■ Einrichtungen	31
■ Verbandsleben	33
■ Stiftung Naturlandschaft	37
■ Förderer und Bildnachweis	38
■ Impressum	39

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben in dieser Publikation auf die geschlechterdifferenzierte Schreibweise verzichtet, um etwas mehr Platz für Inhalte zu gewinnen und den Lesefluss zu verbessern. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis und wünschen viel Freude bei der Lektüre. Sie können auch diesen Jahresbericht – wie alle anderen Jahresberichte seit 2007 – aus dem Internet herunterladen unter: www.bund-niedersachsen.de

*Liebe Leserinnen und Leser,
liebe BUND-Mitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde der Erde,*

2013 wählten die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens einen neuen Landtag. Seit dem 19. Februar 2013 hat Niedersachsen eine rot-grüne Landesregierung.

Ministerpräsident Weil und Umweltminister Wenzel sorgten unmittelbar nach der Wahl für wesentliche Veränderungen in der Gesetzeslage auf Bundesebene zur Endlagersuche. Diese Veränderungen lösten unter den Verbänden eine lebhafte Debatte über den richtigen Weg aus: Mitwirkung in der Endlagerkommission oder Beschränkung auf eine Einwirkung von außen? Der BUND hat sich nach intensiver Diskussion dafür entschieden, in der Kommission mitzuarbeiten, aber zugleich auch von außen in Kooperation mit anderen Verbänden konstruktive Kritik zu üben.

Einen hohen Stellenwert in der Arbeit des Jahres 2013 hatten die Klagen gegen die Unterweser- und Unterelbevertiefung. Die Klage gegen die Unterweservertiefung vor dem Bundesverwaltungsgericht brachte einen Achtungserfolg: Nunmehr liegen vier Fragen zur Anwendung der Wasserrahmenrichtlinie dem Europäischen Gerichtshof vor. Die Klage gegen die Unterelbevertiefung wird im Juli 2014 verhandelt und wird die Experten unseres Verbandes stark fordern.

Die Diskussionen um die Verbesserung der ökologischen Situation an der Ems gehen weiter. Hydromorphologische Berechnungen zur Reduzierung des Schlickanfalls zeigen, dass dieses Ziel erreichbar ist. Aber die Lösungswege werden Zeit und Geld kosten.

Die Energiewende ist und bleibt eine Herausforderung. Der Ausbau der Offshore- und Onshore-Windenergie ist für Niedersachsen neben anderen regenerativen Energien von großer Bedeutung. Aber als Naturschutzverband schauen wir zugleich auf mögliche Auswirkungen der Anlagen auf Vögel, Fledermäuse etc. und bei Offshore-Anlagen zusätzlich auf die Meeresfauna und -flora.

Weitere Stichworte aus dem umfangreichen Arbeitsfeld des BUND 2013 sind die Auseinandersetzung mit geplanten Fracking-Vorhaben, die Befreiung der Weser von den Einleitungen des Kaliberg-

baus und die kritische Auseinandersetzung mit der Planung weiterer Stromtrassen, Autobahnen und Eisenbahntrassen. Die neue Landesregierung zeigte im Naturschutzbereich gewisse Anlaufschwierigkeiten. Das liegt wohl auch an der massiven Schwächung des Naturschutzes mit erheblichem Stellenabbau und der Zerschlagung des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie (NLÖ) in der neunjährigen Amtszeit von FDP-Umweltminister Sander, die noch viele Jahre ihre Spuren hinterlassen wird.

Dem Moorschutz hat die neue Landesregierung den hohen Stellenwert zugemessen, der diesem wertvollen Lebensraum gebührt. Der BUND schützt seit mehr als 40 Jahren in der Diepholzer Moorniederung diese Refugien für Pflanzen und Tiere. Im Oktober 2014 wird ein Europäisches Fachzentrum Moor und Klima (EFMK) zusammen mit örtlichen Akteuren eröffnet.

Insgesamt blicken wir auf ein erfolgreiches Jahr 2013 zurück. Wir bedanken uns bei allen Ehrenamtlichen, die im Landesvorstand, dem Wissenschaftlichen Beirat, den zahlreichen Arbeitskreisen und den Regional-, Kreis- und Ortsgruppen vielfältig an den Themen des Umwelt- und Naturschutzes arbeiten und helfen, diese Themen in die Politik und die Gesellschaft einzubringen. Allen Hauptamtlichen im Landesverband, in den Einrichtungen, Projekten und in der Landesgeschäftsstelle danken wir für die mit großem Engagement geleistete Arbeit.

Wir danken unseren Mitgliedern und Spendern für ihre treue Unterstützung. Mitgliedsbeiträge und Spenden sind unerlässlich für eine verlässliche und kontinuierliche Arbeit unseres Verbandes. Wir sichern auch weiterhin allen Unterstützern zu, unseren Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten. Einen Einblick in die zahlreichen Aktivitäten des BUND-Landesverbands Niedersachsen im Laufe des vergangenen Jahres geben wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

*Heiner Baumgarten
Landesvorsitzender*

*Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler
Landesgeschäftsführer*



Heiner Baumgarten



Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler

Rot-grüne Landesregierung: Wende für Umwelt und Natur?

Anfang 2013 ist die neue rot-grüne Landesregierung an den Start gegangen und hat eine anspruchsvolle Koalitionsvereinbarung vorgelegt, die Hoffnung macht. Von fachlicher und rechtlicher Stärkung des Naturschutzes und der Gleichstellung mit anderen Fachdisziplinen ist dort die Rede; das professionelle Fachpersonal, das Ehrenamt im Naturschutz und das bürgerliche Engagement sollen gestärkt werden. Der BUND hatte im vergangenen Jahr viel damit zu tun, durch Öffentlichkeitsarbeit, politische Lobbyarbeit und mithilfe von Stellungnahmen die Realisierung dieser Ziele einzufordern.

Fazit nach einem Jahr Rot-Grün

Vereinbart haben die Koalitionäre unter anderem, das Landschaftsprogramm fortzuschreiben und eine Strategie für die biologische Vielfalt in Niedersachsen als „konkrete Vision“ für die Zukunft zu entwickeln. Ein ganzer Absatz ist dem Moorschutz gewidmet, und ein „Moorschutzgebietssystem Norddeutsche Moorlandschaft“ wurde angekündigt. Beim Wasser- und Gewässerschutz werden alle wichtigen Flüsse, der Dümmer und kurz auch der Meeresumweltschutz angesprochen.

An verschiedenen Stellen des Koalitionsvertrages werden eine grundsätzliche Neuorientierung der Niedersächsischen Landwirtschaft und deutliche Kurskorrekturen bei der entsprechenden EU-Förderung angekündigt. Und durch die gesamte Koalitionsvereinbarung zieht sich wie ein „rot-grüner Faden“ die Bereitschaft zu mehr Mitwirkung und Dialog – auch in der Umwelt- und Naturschutzpolitik.

Zieht man nach gut einem Jahr neuer Landesregierung ein Fazit, so ist lobend zu erwähnen, dass den Umwelt- und Naturschutzverbänden bei vielen Themen deutlich früher als bislang ein intensiver Dialog angeboten wird. Dabei geht es nicht nur um Information, sondern um einen realen Dialog.

Doch viele Ankündigungen der Regierung blieben bislang folgenlos: Der Moorschutz wird vom Umweltministerium konsequent als eines der Top-Themen unter Natur- und Klimaschutzgesichtspunkten bezeichnet, den Verlautbarungen nach wird intensiv an einem neuen Moorschutzpro-

gramm gearbeitet. Immer mehr Experten fragen allerdings immer ungeduldiger nach Ergebnissen. Bemerkbar macht sich nicht nur beim Thema Moorschutz die unzureichende Ausstattung der Naturschutzverwaltung mit Mitteln und Personal – gemessen an den bevorstehenden Aufgaben sowie den großen Defiziten, die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung verursacht hat. Um den Jahreswechsel gab es einige Stellenausschreibungen im Bereich Umwelt- und Naturschutz, doch viel zu wenige, um wenigstens einen Großteil der Vorhaben zu verwirklichen.

Nachholbedarf im Naturschutz

Besonders dramatisch ist der Nachholbedarf dort, wo es um die Perlen des Naturschutzes geht: bei Natura-2000-Gebieten und bei Umweltdaten zu den Tieren, Pflanzen und Lebensräumen innerhalb und außerhalb der Schutzgebiete. Das Beschwerdeverfahren, das die EU-Kommission gerade gestartet hat, wird in jedem Fall erhebliche Defizite bei der Umsetzung von EU-Recht in Niedersachsen offenbaren – von der unzureichenden Abgrenzung von Schutzgebieten über die fehlenden erforderlichen Sicherungsvorschriften bis zu einem drastischen Mangel an Management- und Bewirtschaftungsplänen für solche Gebiete.

Aber selbst Schutzgebietsausweisungen können natürlich noch nicht bewirken, dass die wertvollen Flächen ausreichend gepflegt und erhalten werden. Die Umweltverbände haben daher 2013 eine „Arbeits-

gemeinschaft Biologische Stationen in Niedersachsen“ gegründet mit dem Ziel, die Betreuung der wichtigsten Schutzgebiete zu verbessern.

Lob für Agrarpolitik

Fast durchweg zu loben ist der Kurs des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums – jedenfalls soweit es um die Themen Landwirtschaft und Verbraucherschutz geht. Erheblichen Verbesserungsbedarf sieht der BUND in der Abstimmung des Landwirtschafts- und des Umweltministeriums untereinander, etwa in Fragen der Energiewende und zum Thema Wald.

Mehr Energie für Energiewende

Die Energiewende in Niedersachsen braucht noch erheblich mehr politische Energie, um zum Erfolgsmodell zu werden. Dabei ist das Land bereits Weltmeister im Ausbau der Erneuerbaren: Die Entwicklung ist bereits so gut vorangeschritten, dass ein weiterer Ausbau der Bioenergie kaum mehr auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen wird – jedenfalls solange die Biogasanlagen weiterhin vor allem mit Mais betrieben werden.

Beim Thema Windenergie scheinen sich die Räder in den zuständigen Ministerien erst sein Ende 2013 zu drehen, jedoch in unterschiedlichste Richtungen: Noch ist nicht erkennbar, was das Ziel ist und inwieweit auch Grenzen des Ausbaus der Windkraft an Land ermittelt und definiert werden sollen. Die Verlautbarung, der Ausbau solle nur mit der Akzeptanz der Bevölkerung und unter Berücksichtigung der Biologischen Vielfalt erfolgen, muss erst noch mit Leben gefüllt werden. Aus Sicht des BUND sind die vorrangigen Aufgaben für die Energiewende stärkeres Energiesparen und Energieeffizienz. Diese Punkte tauchen auf der Agenda der Landesregierung bisher kaum auf. Ähnlich sieht es bei dringend nötigen Impulsen für verträgliche Energiespeicher als Grundlage für Windstrom und zur Vermeidung oder Verkleinerung eines Netzausbaus quer durch Niedersachsen aus.

Dr. Stefan Ott

Der Landesvorsitzende Heiner Baumgarten (l.) bewertet bei einer Pressekonferenz mit NABU und Greenpeace die Leistung der Landesregierung nach einem Jahr.





Die Windkraft im Norden ist ein wichtiges Standbein der Energiewende. Der BUND hat sich in Stellungnahmen vor allem mit geplanten Stromtrassen auseinandergesetzt.

Foto: Karl Dichtler/pixelio.de

Verbandsbeteiligung: der BUND als Anwalt der Natur

Der BUND Niedersachsen musste 2013 zu vielen Themen Stellung beziehen, um Umwelt und Natur eine Stimme zu geben.

Landesraumordnungsprogramm

Die Landesregierung hat beschlossen, das Landesraumordnungsprogramm (LROP) zu ändern, um darin vor allem Vorranggebiete zur Rohstoffgewinnung für den Torfabbau zu streichen und diese als Vorranggebiete zur Erhaltung und Entwicklung natürlicher Senken für klimaschädliche Stoffe auszuweisen. Dies hat der BUND ausdrücklich begrüßt. Das Land hat außerdem angekündigt, die Regelungen zur Biodiversität und Biotopvernetzung zu konkretisieren. Der BUND hat dazu ein eigenständiges Fachkonzept gefordert, das auch den BUND-Wildkatzenwegeplan zur Waldbiotop-Vernetzung einbeziehen sollte.

Weiterhin hat der BUND begrüßt, dass im LROP künftig nicht mehr energiewirtschaftliche Belange als Ausnahme-Tatbestand zur Unterschreitung von Mindestabständen von Höchstspannungsleitungen zu Gebäuden auftauchen sollen. Zudem hat der BUND den Bau von Kohlekraftwerken (Vorranggebiet Großkraftwerk) – auch als Übergangsenergiequelle – grundsätzlich abgelehnt.

Stromleitungen

Im Planfeststellungsverfahren für den ersten Teilabschnitt der Höchstspannungsleitung Wahle-Mecklar hat der BUND die

unzureichende Planrechtfertigung kritisiert, da keine strategische Umweltprüfung durchgeführt wurde. Dies hätte bereits viel früher im Planungsprozess unter Einbeziehung von Alternativen erfolgen müssen. Da die große Koalition in Berlin den Ausbau der Offshore-Windenergie deutlich verringert und Unternehmen Neubaupläne für Kohlekraftwerke zurückgenommen haben, stellt sich die Frage nach dem Bedarf für diese Stromleitung.

Im Planfeststellungsverfahren zur geplanten Höchstspannungsleitung Ganderkesee-St. Hülfe bei Diepholz hat der BUND – sollte der Bedarf dafür nachgewiesen werden – die für solche Pilotprojekte vorgesehenen Erdverkabelungsabschnitte eingefordert. Zudem hat sich der BUND zum geplanten Bau der 380-kV-Leitung Emden-Conneforde (Kreis Ammerland) aufgrund mehrerer Trassenvarianten und bedeutsamer Naturschutzbelange für ein Raumordnungsverfahren ausgesprochen. Dem wird jetzt nachgekommen.

Elbbrücke Darchau-Neu Darchau

Im Rahmen der Neuauflage des Raumordnungsverfahrens hat sich der BUND erneut gegen den Bau einer weiteren Brücke über die Elbe positioniert. Der Bedarf für diese Brücke ist nicht belegt, sie würde immense Kosten verursachen und europäische Schutzgebiete erheblich beeinträchtigen.

Novellierung des Naturschutzgesetzes

Im Vorfeld der geplanten Novellierung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz hat

der BUND vor allem die Konkretisierung der Vorgaben für die Landschaftsplanung, die Aufnahme genehmigungsfreier Eingriffe in die Eingriffsregelung, den verbesserten Schutz von Wallhecken, eine Erweiterung der Liste der gesetzlich geschützten Biotope und auch die Erweiterung der Beteiligungs- und Klagerechte von Naturschutzvereinigungen beispielsweise bei artenschutzrechtlichen Verboten und Verfahren nach dem Bundesimmissionschutzgesetz vorgeschlagen. Ein Gesetzesentwurf wird für 2014 erwartet.

Abbau des AKW Unterweser

Zum Scoping-Termin für den geplanten Abbau des Atomkraftwerkes Unterweser hat der BUND eine nachvollziehbare Darlegung der möglichen Alternativen wie „Sicherer Einschluss“ oder „Direkter Rückbau“ hinsichtlich der besten Lösung aus Strahlenschutzgründen gefordert. Bei einem direkten Rückbau sind flächendeckende Messungen durchzuführen, bevor das Gelände aus der atomrechtlichen Überwachung entlassen werden kann. Sehr kritisch betrachtet der BUND Niedersachsen zudem die vor einigen Jahren hochgesetzten Grenzen für schwach belastete Materialien sowie zu hohe Freigabemengen. Weitere Punkte beziehen sich auf beantragte Freisetzungsgenehmigungen radioaktiver Gase und Aerosole sowie die Kriterien zur Abgrenzung von konventionellem und noch kontaminiertem Abfall.

Dr. Marita Wudtke

Das Thema 2013: Naturschutz in Niedersachsen

Der BUND Niedersachsen hatte gehofft, dass die rot-grüne Landesregierung mit als erstes den Naturschutz im Land anpackt, der unter Schwarz-Gelb jahrelang sträflich vernachlässigt worden war. Erste Schritte der neuen Regierung lassen zwar hoffen, doch viel ist noch nicht passiert – ganz anders beim BUND: Kein Thema stand für den Landesverband im vergangenen Jahr so sehr im Fokus wie der Naturschutz, in der Stadt und auf dem Land.

FFH-Gebiete immer noch nicht geschützt

Niedersachsen darf nicht die Lücke im europäischen Schutzgebietsnetz sein, hat der BUND im November gemahnt. Anlass war der Ablauf einer Frist, die sich aus der europäischen FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) ergibt. Im November hätten alle FFH-Gebiete, die Niedersachsen in der Vergangenheit nach Brüssel gemeldet hat, als Schutzgebiet ausgewiesen werden müssen, und zwar in der Regel als Naturschutzgebiet.

Von diesem Ziel ist das Land aber noch weit entfernt und steht im bundesweiten Vergleich schlecht da. Es droht eine Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof. Verursacht hat diese Situation vor allem die Vorgängerregierung, doch der BUND wartet immer noch darauf, dass

die neue Landesregierung nun alle Anstrengungen unternimmt, um die Schutzgebietsausweisungen schnellstmöglich zu unterstützen.

Der BUND war und ist auch noch skeptisch, wann die vom Umweltministerium angekündigte Naturschutzstrategie tatsächlich fertig und anwendbar wird und ob ihr Inhalt dem entspricht, was Niedersachsens Natur braucht. Die Naturschutzverbände wurden eingeladen, bei der Erarbeitung dieser Strategie intensiv mitzuarbeiten. Der BUND wird dazu gern sein Fachwissen beisteuern, doch die großen personellen Defizite der Naturschutzverwaltung können nicht durch verstärktes ehrenamtliches Engagement ausgeglichen werden.

Nach einer zehnjährigen, vom seinerzeit zuständigen Umweltminister Hans-Heinrich Sander angeordneten Unterbrechung fanden im November endlich wieder die Schneverdinger Naturschutztage bei der Norddeutschen Naturschutzakademie statt. Rund 350 ehren- und hauptamtliche Naturschützer trafen sich dabei zu Vorträgen, Diskussionen und Gesprächen. Die niedersächsische „Naturschutzfamilie“ nahm diese über viele Jahre vermisste Gelegenheit zum Gedankenaustausch gerne wieder wahr, die große Zahl der Teilnehmer war dafür ein sichtbares Zeichen. Das zentrale Thema der diesjährigen Veranstaltung war die künftige Naturschutzstrategie des Landes.

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler

6

Natur zerstört – aber kaum Nutzen für die Skifahrer

Im Harz gibt es ein besonders trauriges Beispiel dafür, wie sehr Niedersachsens Natur vielerorts unter menschlichen Einflüssen leidet. Die BUND-Kreisgruppe Goslar hat seit Jahren gegen den Ausbau des Wintersportgebiets am Wurmberg in Braunlage im Oberharz gekämpft – leider erfolglos. Im vergangenen Jahr wurden dort 16 Hektar wertvoller Wald, der in den 1990er Jahren sogar Teil des Nationalparks werden sollte, für neue Skipisten abgeholzt. Zudem wurde ein Wasserschutzgebiet angegriffen, und durch die Wasserentnahme für Schneekanonen aus der Warmen Bode

ist ein Naturschutzgebiet bedroht. Für den Betrieb von Schneekanonen wurde auf der Wurmbergkuppe ein 5000 Quadratmeter großer Teich gebaut, mit dessen Wasser Kunstschnee produziert werden soll, und der Neubau von 600 Parkplätzen verschlang weitere Natur.

Der Harz, der mit naturnahem Tourismus wirbt, macht sich mit dieser gigantomanischen Planung des harten Tourismus mitten im Naturpark Harz und im „Grünen Band“ nahe der Grenze zum Nationalpark Harz unglaublich. Zudem ist die Planung auf Sand gebaut, denn in Zeiten des

Klimawandels ist es höchst unsicher, ob hier nicht eine riesige Fehlinvestition entstehen wird. Letztlich dürfen die Steuerzahler diese großflächige Natur- und Landschaftszerstörung für die Geschäftsinteressen einer Minderheit auch noch mit Millionenbeträgen bezahlen und jährlich bezuschussen. Der erste Winter hat gezeigt: Bis Mitte Januar konnte an keinem einzigen Tag künstlich beschneit werden. Die „garantierte Schneesicherheit“ an mehr als 120 Tagen war gleich im ersten Jahr alles andere als garantiert.

Dr. Friedhart Knolle

Der Arbeitskreis Naturschutz

Der Arbeitskreis Naturschutz des BUND-Landesverbands Niedersachsen, der sein Fachwissen und seine Einschätzungen an den BUND-Vorstand und die Landesgeschäftsstelle weitergibt, hat sich 2013 mit den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag beschäftigt und eine Standortbestimmung des Naturschutzes nach dem Regierungswechsel vorgenommen.

Im Mittelpunkt der Arbeit standen die FFH-Gebiete, der Moor- und Klimaschutz sowie die Novellierung des Naturschutzgesetzes.

Um die Sicherung und Pflege der Schutzgebiete in Niedersachsen, insbesondere auch die Natura-2000-Gebiete, ist es nicht gut bestellt. Seitens des Umweltministeriums gibt es Überlegungen, diesen

Zustand unter anderem durch die Aufwertung vorhandener Einrichtungen (zum Beispiel Landschaftspflegeverbände) oder durch die Schaffung zusätzlicher ökologischer Stationen zu verbessern. Insbesondere diese Thematik wurde im Arbeitskreis umfassend diskutiert und Erfahrungen aus anderen Bundesländern wurden eingeholt.

Dr. Reinhard Löhmer

Streuobstwiesen blühen in Niedersachsen auf!



Streuobstwiesen sind schön anzuschauen und liefern leckeres Obst – vor allem aber bieten sie Lebensraum für mehr als 5.000 Tier- und Pflanzenarten, darunter zahlreiche, die auf der Roten Liste der gefährdeten Arten stehen. Deshalb haben sich der BUND-Landesverband und viele Regionalverbände, Kreis- und Ortsgruppen auch 2013 wieder engagiert, um bestehende Streuobstwiesen zu erhalten, zu pflegen und neue Wiesen anzulegen.

Streuobstwiesen-Kataster: erfassen, vernetzen, fördern

Mit dem Projekt „Streuobstwiesen-Kataster“ ist der BUND ein gutes Stück vorangekommen. Ziel war es, möglichst viele Streuobstwiesen in Niedersachsen mit ihren Sorten und Arten zu erfassen und diese Informationen für jeden Interessierten im Internet zu veröffentlichen unter www.streuobstwiesen-niedersachsen.de. Zahlreiche weitere Wiesen sind nun auf der Internet-Plattform zu finden, und viele Veranstaltungen vom Schnittkurs über die Ernteaktion bis zum Blütenfest werden dort bekannt gemacht.

Ein Schwerpunkt des Projekts lag 2013 auf Artenschutzmaßnahmen. Die Projektmitarbeiter erstellten nützliche Flyer über die Leitarten Steinkauz und Wildbienen und darüber, wie diese Arten von Streuobstwiesen profitieren. Um den Arten auch ganz praktisch zu helfen, wurden 50 Steinkauz-Röhren als Nisthilfen auf geeigneten Wiesen aufgehängt. Zur Erhaltung der Wildbienen stehen nun auf einigen Wiesen Nisthilfen für diese seltenen Arten, unter anderem auf der Streuobstwiese der Kreisgruppe Cuxhaven. Darüber hinaus

leistete der Landesverband mit dem von der Bingo-Umweltstiftung geförderten Projekt „Streuobstwiesen-Kataster“ auch finanzielle Unterstützung: Er half Streuobst-Initiativen unter anderem beim Kauf von Obstbäumen und der Anschaffung von Saftpresen.

2013 startete zudem ein zweites Projekt des Landesverbands zum Thema: Das Projekt „Streuobstwiesen blühen auf!“ ist das Jubiläumsprojekt der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung. Zu ihrem 25-jährigen Bestehen stellt die Stiftung einen Sonderetat bereit, um 2014 in jedem Landkreis Niedersachsens mindestens ein Projekt zu Streuobstwiesen zu fördern – von Erhaltung und Pflege über Neupflanzungen bis zu öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und Festen. Der BUND-Landesverband koordiniert das Gesamtprojekt, berät die Antragsteller und hilft ihnen bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Auch mehrere BUND-Kreisgruppen engagieren sich seit Jahren für Streuobstwiesen. Die Kreisgruppe Salzgitter vervollständigte 2013 die Wildbienenherberge auf

ihrer Streuobstwiese am Waldhaus Altenhagen, zusammen mit Siebtklässlern vom Gymnasium Salzgitter. 20 Aktive lernten bei einem Praxisseminar mehr über Obstbaumschnitt. Tatkräftige Unterstützung leisteten elf Mitarbeiter der Firma IP Syscon aus Hannover, die den Aufbau der Streuobstwiesen-Plattform des Landesverbands unterstützt hat. Der Geschäftsführer übergab der Kreisgruppe außerdem einen Spendenscheck über 1.000 Euro, die die Firmenmitarbeiter beim Hannover-Marathon erlaufen hatten.

Thomas Mura, Thomas Ohlendorf

Laubfrösche leben auf Streuobstwiesen. Foto: K. Mayhack/BUND



Im Landkreis Lüchow-Dannenberg pflegt die BUND-Kreisgruppe wertvolle Streuobstwiesen.

Foto: K. Mayhack/BUND



Lüchow-Dannenberg: schönste Streuobstwiese im Land



Foto: K. Mayhack/BUND

In Lüchow-Dannenberg liegt die schönste Streuobstwiese Niedersachsens.

Nachpflanzungen, Baumpflege, Zaunreparatur, Auffrischung der Info tafeln und natürlich die Ernteeinsätze – auf der Streuobstwiese der Kreisgruppe Lüchow-Dannenberg hatten die BUNDler wieder jede Menge zu tun.

Seit 2013 wird der Unterbewuchs durch eine Schafherde kurz gehalten. Berücksichtigt werden hierbei Naturschutz, Setzeiten des Wildes, floristische Ansprüche und Erntetermine. Außerdem ist die Obstwiese aktuell in ein kreisweites Fledermausprojekt eingebunden. Fledermauskästen wurden aufgehängt und werden nun regelmäßig kontrolliert.

Beim Streuobstwiesen-Wettbewerb des Landesverbandes bekam die Kreisgruppe den ersten Preis für die „schönste Streuobstwiese Niedersachsens“ in der Kategorie Vereine/Verbände. Einer der Gründe für die Auszeichnung ist die große Artenvielfalt: Laub- und Moorfrösche, Ringelnattern, Hornissen, Baumweißlinge und Weinbergschnecken sind auf der Obstwiese zu Hause. Außerdem wurden 32 Pflanzenarten der „Roten Liste“ nachgewiesen, zum Beispiel Schlangenlauch, Kreuzlabkraut, Kriechender Hauhechel oder das Tausendgüldenkraut.

Klaus Mayhack

Blühende Bäume in Cuxhaven, Stade, Hameln und Celle



Kinder erleben den Weg vom Apfelbaum zum Apfelsaft. Foto: K. Mayhack/BUND

Eine bewährte Zusammenarbeit setzte die Kreisgruppe Cuxhaven fort: Zum dritten Mal ernteten der BUND und die Kiebitzschule Oberndorf gemeinsam Äpfel. Auf der Streuobstwiese am Kajedeich sammelten Schüler und Lehrer das Obst und brachten es zur Mosterei in Rönndeich. 2013 gab es zwar weniger Äpfel als im Vorjahr, dennoch konnten die Kinder eine Großkiste reifer Äpfel von der Streuobstwiese zur Mosterei bringen, wo sie gespannt die Verarbeitung ihrer Äpfel verfolgten: zerkleinern, pressen, erhitzen, abfüllen – lecker. Und über den Trester freut sich am Ende noch das Vieh.

Neben vielen anderen haben sich auch die Kreisgruppen Celle und Stade für Streuobstwiesen engagiert. Letztere feierte die Eröffnung des Boomgarden-Parks in Helmstedt. Mehr als 500 Apfel-, Birnen-, Pflaumen- und Kirschbäume wachsen dort, um die Vielfalt der regionalen Sorten zu erhalten. In Kreis Hameln-Pyrmont pflegt die Kreisgruppe eine alte, verwilderte Streuobstwiese. Der Naturschutz steht dort im Vordergrund, und nur nach und nach wird die Wiese um einige Hochstamm-Obstbäume ergänzt.

Georg Ramm, Carla Juhre

Osnabrück: ein Jahr im Zeichen der Wildbienen

Die BUND-Kreisgruppe Osnabrück setzt sich für den Schutz der Streuobstwiesen im Osnabrücker Land ein und hilft seit 1991 Streuobstwiesenbesitzern, ihre Äpfel vermoren zu lassen. Jeder, der Obstwiesen naturnah pflegt, erhält die Möglichkeit für seine Mühen besonders be-

lohnt zu werden. Denn der BUND bezahlt einen etwas höheren Mostpreis als in Mostereien üblich. Auch kann der Lieferant mehr Saft im Austausch für seine Äpfel bekommen.

2013 hat die Kreisgruppe das Thema „Bienen“ zum Schwerpunktthema des Jah-

res gemacht. Sie beteiligt sich seither aktiv als „Wildbienenvertreter“ in einem Gremium zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bienen in der Stadt. Bei sechs gut besuchten Veranstaltungen haben die BUND-Aktiven über die Lebensweise und den Schutz der Bienen informiert.

Wie andere Insekten leiden Wildbienen unter der strukturalarmen Landschaft, da geeignete Plätze für den Nistbau fehlen. Doch gerade für Bienen kann man in Gärten oder Parks sehr viel tun, zum Beispiel mit Nisthilfen und mit naturnaher Wiesengestaltung. Im Rahmen des „Tages des offenen Gartentores“ hat die Kreisgruppe ihren eigenen naturnahen Garten auf dem Osnabrücker Gertrudenberg präsentiert.

Ulla Feldmann



Auch Wiesenhummeeln zählen zu den Wildbienen.

Foto: O. Boecking/BUND



Wildkatzen brauchen Sichtschutz, um von einem Wald zum nächsten zu schleichen.

Foto: Thomas Stephan/BUND

Artenschutzprojekte: eine Art im Fokus, viele Arten profitieren

Um die Öffentlichkeit für Naturschutz zu begeistern, bedarf es einer kleinen Katze, eines wunderschönen Schmetterlings oder eines wendigen Vogels. Solche Tiere wecken bei vielen Menschen positive Gefühle und den Wunsch, ihnen etwas Gutes zu tun. Daher steht bei vielen BUND-Projekten eine Tierart im Mittelpunkt, beispielsweise die Wildkatze. Doch in Wirklichkeit profitieren viel mehr Tier- und Pflanzenarten von den Projekten des BUND.

9

Zwei neue Schleichwege für die Wildkatze – und Co

Damit eine Wildkatze von einem Wald zum nächsten schleichen und so ihren Lebensraum erweitern kann, braucht sie Sichtschutz. Der Weg über eine ausgeräumte Agrarlandschaft birgt zu viele Gefahren. Um die heimischen Wildkatzenpopulationen zu stärken, hat der BUND sich auch 2013 mit dem Projekt „Wildkatzensprung“ sehr erfolgreich für die Tiere eingesetzt: Zwei neue Korridore zwischen Wäldern wurden gepflanzt, damit die Tiere neue Lebensräume erobern können.

Überwältigend war der Einsatz von 120 Helfern – darunter vielen Schülern – die im November an der Landkreisgrenze zwischen Hildesheim und Holzminden, südlich von Alfeld-Gerzen, in knöcheltiefem Schlamm standen und 2000 Büsche und Bäume für einen 265 Meter langen Korridor pflanzten. Mit dabei war Landwirtschaftsminister Christian Meyer, der Schirmherr des Niedersächsischen Wildkatzenprojekts. Mitarbeiter des Niedersächsischen Forstamts Grünenplan hatten den BUND mit großem Engagement bei der Vorbereitung unterstützt. Der entstandene

Korridor schafft künftig eine fast durchgängige Waldverbindung zwischen Reuberg und Hils, über die Wildkatzen und viele andere Tiere und Pflanzen neue Lebensräume erobern können.

In Schlewecke bei Bockenem konnte der BUND einen zweiten Wildkatzenkorridor anlegen, unterstützt wurde der Einsatz vom Forstamt Liebenburg. Der Korridor vernetzt den Hainberg mit den Saubergen bei Bad Salzdetfurth. Dieser Abschnitt ist Teil der für viele Tiere wichtigen Wanderoute vom Harz in den Nordwesten, über den Hildesheimer Wald und den Deister bis in die Lüneburger Heide.

Der BUND hat nun in Südniedersachsen schon drei Korridore gepflanzt, der erste entstand 2011 in Golmbach bei Holzminden. Doch das BUND-Engagement geht noch weiter: 2014 sollen in Südniedersachsen weitere Korridore entstehen.

Die Kontakte zur Landesjägerschaft wurden 2013 ausgebaut und intensiviert, unter anderem durch eine Vortragsreihe sowie die gemeinsame Teilnahme an der Messe „Pferd & Jagd“ in Hannover. Die

Jäger hatten den BUND eingeladen, dort das Wildkatzen-Projekt zu präsentieren.

Im Solling sammelten Revierförster und Ehrenamtliche zum zweiten Mal in Folge Haarproben von Wildkatzen mit der Baldrian-Lockstockmethode. Ein schöner Erfolg war die feierliche Eröffnung des neuen Wildkatzengeheges im Wildgatter Hildesheim im September, für die der BUND fachliche Unterstützung geleistet hatte.

Charlotte Dietrich

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer hat die Patenschaft für das BUND-Projekt übernommen.



Foto: Matthias Köhler/BUND

Haus gedämmt, Energie gespart, Nistplatz weg?



Zahlreiche Mauersegler haben ihre Niststätten durch die Dämmung von Gebäuden verloren.

Foto: BUND

Energiesparen ist das Gebot der Stunde für eine erfolgreiche Energiewende. Um beim Heizen weniger Energie zu verbrauchen, werden deshalb viele ältere Gebäude gedämmt. Leider haben diese energetischen Sanierungen oft auch eine negative Seite: Bislang nisteten zahlreiche Vogel- und Fledermausarten in Nischen und Spalten an Häusern. Doch vor allem bei Dachmodernisierungen und beim Dämmen der Außenwände verschwinden diese kleinen

Lebensräume. Die Bestände von Mauerseglern, Haussperlingen und Zwergfledermäusen sind rückläufig – ihre Lage wird durch die energetische Sanierung verschärft.

Der BUND Niedersachsen hat 2013 ein neues Projekt „Klimaschutz und biologische Vielfalt unter einem Dach“ ins Leben gerufen, um Möglichkeiten zum Schutz der Tiere landesweit bekannt zu machen und umzusetzen. Denn es gibt einen einfachen und preiswerten Weg, den Tieren

auch weiterhin ein Zuhause an unseren Gebäuden zu geben: Bestehende Unterschlüpfе für Vögel oder Fledermäuse sollten vor der Sanierung erfasst werden. Dann lassen sich während der Bauarbeiten Ersatz-Nistkästen und -Quartiere an die Fassade oder in die Dämmung anbringen oder einbauen. Bei Gebäuden, die bislang keine Nistmöglichkeiten hatten, kann die Sanierung sogar genutzt werden, um neue Quartiere zu schaffen.

Die BUND-Projektmitarbeiter wenden sich speziell an Akteure in Wohnungsbau und -verwaltung, an Architekten, Handwerker, Energieberater und Behörden. Der BUND bietet ihnen Informationen, Beratung, Vorträge und Fortbildungen an. Um landesweit agieren zu können, suchen die Mitarbeiter Interessierte, die nach einer Schulung vor Ort als Ansprechpartner agieren können – etwa für Wohnungsgesellschaften oder Handwerker. Mit ihrer Hilfe will der BUND ein branchenübergreifendes Netzwerk aufbauen, in dem sich diejenigen, die Sanierungen und Neubauten planen und umsetzen, mit Artenschutz-Fachleuten austauschen können.

Thomas Mura, Birte Berlemann

10

15.000 Arbeitsstunden für Fledermäuse in der Stadt

40 Mitglieder des „BUND Region Hannover“ werden nicht müde, sich für die Fledermäuse in Hannover zu engagieren. Sie arbeiteten im vergangenen Jahr insgesamt rund 15.000 Stunden, um verletzten Tieren zu helfen, sie zu pflegen und auszuwildern, Öffentlichkeitsarbeit für den Fledermausschutz zu betreiben oder eine Voliere zur Rehabilitation verletzter Fledermäuse zu bauen. 2014 wollen

die Ehrenamtlichen – neben vielem anderen – die Bürgerberatung ausbauen und Schulprojekte zum Thema Fledermaus anbieten.

Nahrungsmangel und Quartierverluste sind die wichtigsten Ursachen für einen dramatischen Rückgang der Fledermauspopulationen in Deutschland. Denn seit den 1960er Jahren wurden die Fledermäuse stark dezimiert, einerseits aufgrund

der Verringerung artenreicher Grünflächen, andererseits durch den großflächigen Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel und Flächenversiegelung. Fledermäuse finden heute immer weniger Schlafbäume und Winterquartiere. 25 Arten sind bei uns heimisch – fast alle stehen auf der Roten Liste, einige sind vom Aussterben bedroht.

Gudrun Becker

Es grünt so schön auf den Dächern der Stadt



So schön kann der Blick aus einem Arbeitszimmer sein.

Foto: Ulli Kowalke

Begrünte Gebäude bereichern nicht nur das Stadtbild, sie bieten auch Tieren und Pflanzen einen neuen Lebensraum und verbessern das Stadtklima nachhaltig. Vor allem Gründächer wirken temperaturnachhaltig und verhindern das sommerliche Aufheizen der Gebäude; sie sind damit ein wichtiger Baustein der städtischen Anpassungsstrategie an den Klimawandel.

Der „BUND Region Hannover“ fördert seit 2013 in Kooperation mit dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün der Stadt Hannover die Begrünung von Dächern und Fassaden. Umfangreiche Information rund um das Thema, fachkundige Beratung und

nicht zuletzt ein finanzieller Zuschuss sollen interessierten Hauseigentümern den entscheidenden Impuls zu einer Begrünung geben. Das BUND-Projektteam half im vergangenen Jahr bei der Begrünung von zwölf Dächern mit einer Fläche von über 1.000 Quadratmetern und einiger Fassaden.

Der BUND hat Veranstaltungen zum Thema organisiert, war auf vielen Großveranstaltungen mit einem Informationsstand präsent und hat gemeinsam mit einer Tageszeitung einen Foto-Wettbewerb organisiert. 2014 sind viele weitere Aktionen geplant.

Sabine Littkemann



Buschwindröschen schmücken den Boden in einem Wald bei Königslutter.

Foto: K.-F. Weber/BUND

Zu wenig Naturwald – Rot-Grün greift immer noch nicht durch

11

Intensivierung der Holznutzung, Einsatz von Großtechnik, Kahlschlag und verstärkter Anbau fremdländischer Baumarten – dies alles widerspricht dem Ziel einer zukunftsfähigen naturnahen Waldentwicklung. Doch dies ist leider die Realität in Niedersachsens Wäldern. Folgen dieser verstärkten Nutzung sind insbesondere der rasche Abbau alter Waldphasen sowie Bodenverdichtung auf einem Viertel der Waldfläche durch Befahren.

Die ökologischen Schäden sind langfristig und teilweise unumkehrbar. Deshalb hat sich der Waldnaturschutz zu einem vorrangigen Handlungsfeld der Naturschutzverbände entwickelt. Ziel des BUND ist es, Politik, Regierung und Forstbetriebe zu veranlassen, die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit moderner Waldpolitik zu schließen und die Beteiligungs- und Informationsrechte der Bürger am notwendigen Wandel der Bewirtschaftung insbesondere der öffentlichen Wälder durchzusetzen.

Der BUND hat deshalb einen Arbeitskreis Wald gegründet und zwei walddpolitische Sprecher benannt, die in enger Abstimmung mit NABU und Greenpeace auf der Ebene der Landesregierung die bestehenden rechtlichen Vorgaben einfordern und durch Entwicklungsvorschläge ihren konstruktiven Beitrag leisten. Der BUND ist auch im neuen Waldbeirat der Landesregierung vertreten. Er besteht überwiegend aus Interessenverbänden und Vertretern der Forstwirtschaft. Ob BUND,

NABU und Greenpeace dort ein inhaltliches Gewicht entfalten können, wird sich noch erweisen müssen.

Obwohl die Landesregierung im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, die Waldbewirtschaftung stärker an ökologischen Kriterien auszurichten, sind bislang keine Fortschritte zu erkennen. Die Bewirtschaftung des Landeswaldes ist nach wie vor vorrangig auf die Maximierung der Einnahmen statt auf ressourcenschonenden Naturschutz und die Erholung im Wald ausgerichtet. Aber: Die Nationale Biodiversitäts-Strategie der Bundesregierung verlangt auf fünf Prozent der gesamten Waldfläche eine natürliche Waldentwicklung ohne Holzeinschläge. Dies soll vor allem im öffentlichen Wald umgesetzt werden und bedeutet für diesen sogar einen Anteil von zehn Prozent Naturwald. Derzeit fehlen dazu in Niedersachsen noch etwa 20.000 Hektar. Auch bei der Unterschutzstellung von Natura-2000-Gebieten gibt es noch viel zu tun: Nach wie vor gelten hier fehlerhafte Erlasse der Vorgängerregierung.

Durch alle Konfliktfelder beim Thema Wald zieht sich ein Problem: Relevante Umweltdaten werden der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. Mit dem Argument, es handele sich um Betriebsgeheimnisse, geben die Niedersächsischen Landesforsten Daten über Flächenanteile alter Bestände nicht heraus, obwohl sie für die ökologische Bewertung von entscheidender Bedeutung sind. Und sogar diejenigen Waldgebiete mit gesicherter natürlicher Entwicklung, die bereits gemeldet wurden, sind bislang nicht veröffentlicht worden. Damit werden die gesetzlich festgeschriebenen Beteiligungsrechte der Verbände und die Zusagen der Landesregierung unterlaufen.

Die Waldpolitik der neuen Landesregierung unterscheidet sich in ihren Auswirkungen bisher kaum von der ihrer Vorgängerin, ein enttäuschender Zustand. Für die Verbände gibt es daher 2014 zu diesem Thema viel zu tun.

Karl-Friedrich Weber



Im Altendorfer Moor bei Cuxhaven brüten neben Krick- und Stockenten auch Graugänse. Die Gans auf dem Foto hat sich einen Bisam-Bau als Brutplatz ausgesucht.

Foto: G. Ramm/BUND

Schutz der niedersächsischen Moore: Endlich tut sich was!

In Niedersachsen liegen fast 40 Prozent der deutschen Moore. Deshalb hat unser Land eine besondere Verantwortung für deren Schutz – denn Moore sind die Heimat vieler seltener Tier- und Pflanzenarten, und sie sind wichtig für unser Klima: Moore binden Umengen von Kohlendioxid. Der BUND Niedersachsen hat sich deswegen in einem breiten Lobbybündnis erfolgreich für die Moore engagiert und zudem in der Diepholzer Moorniederung aktiven Moorschutz betrieben.

Einflussreiche Lobbyarbeit mit der „Aktion Moorschutz“

12

Der BUND hat sich mit Partnern zusammengeschlossen, um das Thema Moorschutz verstärkt auf die politische Ebene zu bringen und die Menschen im Land über ihre Moore zu informieren. Gemeinsam mit dem NABU-Landesverband Niedersachsen, der „Biologischen Station Osterholz e. V.“ und der „Manfred-Hermesen-Stiftung“ ist es gelungen, das Thema auf die Agenda der Landespolitiker zu setzen. Nach den Landtagswahlen zeigten sich erste Erfolge der „Aktion Moorschutz“; im rot-grünen Regierungsprogramm wurden elementare BUND-Ziele verankert:

- Das Landesraumordnungsprogramm soll geändert werden. Moorböden könnten damit zukünftig nicht mehr als Vorranggebiete für Torfabbau zerstört werden, sondern sollen als Kohlenstoffspeicher geschützt werden.
- Die intensive landwirtschaftliche Nutzung von Moorböden soll eingeschränkt und ein großflächiger Moorschutz etabliert werden.
- Gezielte Maßnahmen zur Wiedervernässung eröffnen Chancen für die Regeneration vieler Moorböden.

Die Arbeit des Bündnisses war damit aber noch nicht beendet: Die Experten der „Aktion Moorschutz“ waren beratend tätig,

damit die Moorschutzziele richtig und zügig umgesetzt werden. Es gab Gespräche mit Vertretern des Umweltministeriums sowie Fachveranstaltungen und Tagungen zum Thema. Im November 2013 ging ein Offener Brief des Bündnisses an die Landesregierung, in dem erneut auf die Dringlichkeit der Maßnahmen hingewiesen wurde. Insbesondere der Ausstieg aus dem Torfabbau sowie die Integration landwirtschaftlich genutzter Flächen in ein umfassendes Moorentwicklungskonzept sind große Herausforderungen. Diese müssen mittel- bis langfristig umgesetzt werden. Die letzten Daten zum Moorschutz

stammen aus dem Jahr 1994, 2014 soll es endlich aktuelle Daten zur Moorbodenverteilung in Niedersachsen sowie ein darauf abgestimmtes „Sofortprogramm“ für den Moorschutz geben.

Die „Aktion Moorschutz“ hat zudem viel Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um die Bevölkerung für das Thema zu begeistern. Moorschutz-Initiativen wurden unterstützt und miteinander vernetzt, Umweltbildner informiert, und im September organisierten die Verbände das erste niedersachsenweite Moorschutz-Wochenende mit Wanderungen, Radtouren und Informationsveranstaltungen zum Thema.

Anette Lilje

Die „Aktion Moorschutz“ hatte zu einer Exkursion ins Günnemoor im Landkreis Osterholz geladen.

Foto: A. Lilje



30 Jahre „BUND Diepholzer Moorniederung“ – es gibt immer noch viel zu tun!

2013 feierte der „BUND Diepholzer Moorniederung“ ein Jubiläum: Seit 30 Jahren wird dort aktiver Moorschutz betrieben – und es bleibt trotz des großen Erfolgs immer noch jede Menge zu tun, denn für den Moorschutz braucht es einen langen Atem. 7.300 Hektar Hochmoor sind bereits renaturiert; Großer Brachvogel, Bekassine, Moosbeere, Sonnentau und viele andere gefährdete Arten können dort überleben. Mehr als 74.200 Kraniche, die dort im Herbst gerastet haben, zeigen, wie erfolgreich die bisherige Arbeit des BUND war: Die Moorniederung ist inzwischen der drittgrößte Kranichrastplatz in Mitteleuropa.

Im Jubiläumsjahr hat das Diepholzer Team wieder viel geleistet: In einem rund 1000 Hektar großen Bereich wurden 18 Artenschutzprojekte fortgeführt. Dabei ist die „Artenschutzmaßnahme Feldgrille“ erstmals aufgenommen worden, Vogelarten sowie ausgewählte Pflanzenarten wie Arnika, Natternzunge und Orchideen wurden erfasst. Das Diepholzer Team hat Niströhren für Steinkäuze angebracht und Gelege und Nester von Wiesenvögeln und Wiesenweihen geschützt. Zur Optimierung der Feuchtwiesenlebensräume wurden

in zwei Niedermooren die Wasserstände über regelbare Stauwerke eingestellt.

Im Auftrag der Landkreise Diepholz und Nienburg konnten in einigen Hochmooren sechsstelligen Beträge eingesetzt werden, um dort Offenlandschaften herzurichten – im Großen Moor bei Uchte hat das BUND-Team damit erstmals an der Renaturierung gearbeitet. An sechs Samstagen wurden die hauptamtlichen von ehrenamtlichen

Moorschützern unterstützt: Sie gingen in den Hochmooren mit Astschere, Freischneider und Motorsäge ans Werk.

Der BUND hat zudem im Auftrag des Landkreises Diepholz 21 Moorflächen aus Kompensationsmitteln für Naturschutzzwecke gekauft, die renaturiert und wieder vernässt werden sollen. Auch 2014 gibt es daher wieder viel zu tun.

Imke Schweneker

Die Flächen der Diepholzer Moorniederung bieten zahlreichen seltenen Tier- und Pflanzenarten eine Heimat.

Foto: BUND



13

Neues Moorzentrum mit europaweiter Bedeutung

Die Diepholzer Moorniederung ist bald um eine Attraktion reicher. Zurzeit entsteht in der Gemeinde Wagenfeld das „Europäische Fachzentrum Moor und Klima“ (EFMK). Das Gebäude wird in Form eines Kranichs gebaut und im Herbst 2014 eröffnet. In dem Fach- und Besucherzentrum, zu dessen Projektpartnern die BUND-Einrichtung „Diepholzer Moorniederung“ zählt, wird praktischer Moorschutz mit Forschung und einem wissenschaftlichen Netzwerk verknüpft. Die zehn Mitarbeiter des BUND-Teams werden in dem Gebäude Büros beziehen und eine Werkstatt einrichten.

Besucher können in einer Ausstellung die Rolle der Moore für die Biodiversität und den Klimaschutz erleben und werden Spannendes über die Kranich-Region und die Arbeit der BUND erfahren. Die neue Anlaufstelle soll Menschen miteinander in Kontakt bringen und über Moorschutz



Das EFMK wird aussehen wie ein Kranich, von denen Tausende in der Moorniederung rasten.

und -nutzung informieren: Wissenschaftler, Naturschützer oder Vertreter der Torfindustrie und Landwirtschaft ebenso wie Schüler, Touristen, Ausflügler oder Vogelkundler.

Carla Juhre



Foto: C. Kröner, Modell: Keese ingenieure + planer

Vor Ort, im Land, in Berlin: gemeinsam für eine neue Agrarpolitik

2013 war das Jahr der Agrarreform. Dies nahm der BUND Niedersachsen zum Anlass, sich vielfältig für eine Wende in der Agrarpolitik einzusetzen – weg von Agrarfabriken hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft, die dem Wohl der Menschen, der Tiere und der Umwelt dienen soll. Der Landesverband und viele Kreisgruppen unternahmen Lobbyarbeit, organisierten Aktionen und Demonstrationen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene, um eine wirkliche Agrarreform zu erreichen.

BUND mit starker Stimme im Agrarbündnis Niedersachsen

Der BUND Niedersachsen ist Gründungsmitglied des „Agrarbündnis Niedersachsen – vielfältig, fair, bäuerlich“, einem Zusammenschluss von Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz, aus Verbraucherorganisationen und der Entwicklungszusammenarbeit. Mit inzwischen 17 Mitgliedern hat dieses Bündnis eine starke Stimme im Land.

Mit der neuen rot-grünen Landesregierung gibt es eine größere Chance, die Belange von Natur und Umwelt im Rahmen einer fairen, sozialen und umweltverträglichen Landwirtschaftspolitik einzubringen. Diese Gelegenheit lässt sich der BUND nicht entgehen. Durch Aktionen zu vielen agrarpolitischen Handlungsfeldern hat der BUND in diesem Agrarbündnis Anstöße zur Landtagswahl und auch während der laufenden Legislaturperiode gegeben:

- Aktion in Großenkneten gegen den Hähnchengroßschlachthof Kreienkamp
- Gen-Soja-Protestaktion am Hafen in Brake
- Grillaktionen gegen Agrarindustrie in Hannover und Ostfriesland unter dem Motto „Wir drehen den Spieß um!“
- Demonstration, Umzingelung und Sommercamp gegen den Geflügelschlachthof in Wietze bei Celle mit 7000 Teilnehmern allein bei der Demonstration

- „Vielfalt fördern – Vielfalt fordern!“: Übereicherung der „Uelzener Erklärung“ an den Niedersächsischen Umweltminister Wenzel
- Veranstaltung zum Thema „Regionale Vermarktung am Beispiel Südamerika“
- Veranstaltung zum Thema „Großgrundbesitz und Gentechnik oder bäuerliche Landwirtschaft“ in Westerstede

Lob für Agrarminister

Der BUND blickt beim Thema Agrarpolitik in Niedersachsen auf ein gutes Jahr zurück. Die Aktionen und eine starke politische Lobbyarbeit haben mit dazu beigetragen, dass das Land seine Unterschrift unter der „Freiwilligen Selbstverpflichtung zur Putenhaltung“ wieder zurückgenommen hat. Damit stoppt Landwirtschaftsminister Christian Meyer das illegale „Schnabelkürzen“. Er hat auch eine neue Pflicht eingeführt, beim Neubau von Schweinehaltungsanlagen Filter einzubauen. Dies wird künftig nicht nur zu weniger Emissionen durch die Ställe führen, sondern wegen der erhöhten Baukosten auch dazu, dass weniger solcher Mastställe errichtet werden. Minister Meyer hat diesen Schritt auch für die Geflügelhaltung angekündigt, was der BUND begrüßt.

Mit dem neuen Nährstoffbericht wurde das erste Mal eine regelmäßige, öffentliche

Darstellung der Überdüngung dokumentiert. Außerdem lobt der BUND das Landwirtschaftsministerium dafür, dass die Beteiligungsmöglichkeiten der agrarpolitischen Opposition deutlich besser sind: Die Verbände erhielten frühzeitig Informationen über die geplanten Programme für die neue Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik in Niedersachsen und waren so in der Lage, rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Forderungen an Umweltminister

Mehr Vielfalt in der Kulturlandschaft – dies ist der Tenor der Uelzener Erklärung, die der BUND und viele andere Akteure verfasst und im September 2013 dem niedersächsischen Umweltminister Wenzel überreicht haben. Der niedersächsische Agrarraum wird immer einseitiger und eine bunte Blüten- und Artenvielfalt immer seltener. Die Vorgaben der Agrar- und Umweltpolitik bestimmen dabei den Handlungsspielraum der Landwirte. Das Bündnis setzt sich daher für politische Rahmenbedingungen ein, unter denen eine bienen-, wildtierfreundliche und ökologische Landwirtschaft möglich und wirtschaftlich ist. Abwechslungsreiche landwirtschaftliche Strukturen sind die Voraussetzung für Biodiversität mit all ihren essentiellen Leistungen für das gesamte Ökosystem.

Tilman Uhlenhaut

14



Die Kreisgruppe Celle war bei der Demo in Berlin dabei.

Foto: BUND

30.000 demonstrieren in Berlin

Immer mehr Menschen sagen: „Wir haben Agrarindustrie satt!“ Jedenfalls kamen im vergangenen Jahr mehr Menschen zur Demonstration unter diesem Motto nach Berlin als im Jahr zuvor: 25.000 Teilnehmer zogen im Januar – zum Auftakt der „Grünen Woche“ – vor das Bundeskanzleramt und eröffneten damit das bundesweite Aktionsjahr 2013.

Die nächste Großdemonstration in Berlin gab es im Januar 2014. Diesmal zeigten sogar 30.000 Menschen ihr Gesicht für eine neue Agrarpolitik. Das

Motto lautete „Gutes Essen, gute Landwirtschaft, für alle!“ Unter anderem waren auch aus Celle mehrere Busse mit Demonstranten angereist. Die BUND-Kreisgruppe hatte sich mit Bürgerinitiativen zusammengeschlossen und prangerte fehlgeleitete Subventionen, die Nachteile von genverändertem Saatgut und das geplante Freihandelsabkommen mit den USA an und machte auf die Zusammenhänge zwischen Regenwald-Abholzung, Getreidefutter-Einfuhren aus Südamerika und den Massen-Tierställen bei uns aufmerksam.

Tilman Uhlenhaut

Terra Preta im Versuch: guter Boden, besseres Klima

Terra Preta (portugiesisch für schwarze Erde) ist eine vom Menschen hergestellte Erde mit besonderen Eigenschaften: Sie ist sehr fruchtbar, sie lässt Pflanzen schneller wachsen, bringt einen hohen Ertrag, und sie kann künstlichen und natürlichen Dünger weitestgehend ersetzen. Außerdem stellt sie einen Beitrag zum Klimaschutz dar, denn die Erde kann langfristig beträchtliche Mengen Kohlendioxid im Boden speichern. Ihren Ursprung hat diese mehrere tausend Jahre alte Kulturtechnik bei den indigenen Völkern im Regenwald Amazoniens. Eine Projektgruppe des „BUND Region Hannover“ hat sich im vergangenen Jahr damit befasst. Das Team wollte herausfinden, wie sich die Erde herstellen und anwenden lässt.

Die Basis für diesen besonderen Boden bilden vor allem organische Abfälle wie Küchenabfälle, Knochen und Fäkalien, sowie Pflanzenkohle. Die Pflanzenkohle ermöglicht durch ihre poröse Struktur eine Nährstoffspeicherung in den sonst eher unfruchtbaren Böden, außerdem bleibt durch den hohen Anteil an Holzkohle das Kohlendioxid im Boden gespeichert. Im Laufe der Jahre konnte dank dieser Technik mitten im Regenwald eine meterdicke Humusschicht entstehen.

Die BUND-Mitarbeiter haben ermittelt, ob sich bei einer selbst erstellten Terra Preta-Miete bereits im ersten Jahr die besonderen Eigenschaften dieses Bodens nachweisen lassen. Dazu wurden die Pflanzen sowie der Boden regelmäßig kontrolliert. Für die Versuche standen eine Freilandfläche und eine Fläche im Gewächshaus zur Verfügung. Das Ergebnis war eindeutig positiv:

- Alle Pflanzen waren größer und kräftiger als auf entsprechenden Vergleichsflächen ohne Terra Preta. Die Erträge waren höher, sodass die besonders hohe Frucht-

barkeit schon in diesen ersten Versuchen gut erkennbar war.

- Die bodenverbessernden Eigenschaften wurden sichtbar: Während der Trockenphasen war die Struktur des Bodens deutlich lockerer und krümeliger als auf Vergleichsflächen. Und nach der Bewässerung blieb der mit Terra Preta-Miete versetzte Boden länger feucht.

Um detaillierter herauszufinden, ob Terra Preta im eigenen Garten oder auf Feldern zum Einsatz kommen sollte, bedarf es weiterer Langzeitversuche.

Dr. Mona Gharib

Reiche Ernte dank Terra Preta (l.). Dr. Mona Gharib (r.) stellt den BUND-Versuch vor.



Fotos: BUND

BUND Hannover blickt über den Tellerrand

In der Mittagspause in die Schulmensa, in die Kantine oder in den Imbiss um die Ecke – viele Menschen ernähren sich nicht gesund. Deshalb hatte der „BUND Region Hannover“ gemeinsam mit Slow Food Hannover und dem Agenda-21-Büro der Stadt dazu eingeladen, ein Positivbeispiel aus Brasilien kennenzulernen. Dort hat das Diakonische Werk der lutherischen Kirche in den 1990er Jahren mit einer Partnerorganisation ein neues Schulessen-Programm eingeführt. Heute sind alle Gemeinden in Brasilien per Gesetz verpflichtet, 30 Prozent der Produkte für das

Schulessen saisonal angepasst und ökologisch erzeugt von Kleinbauern ihrer Region zu beziehen. Im Unterricht lernen die Kinder die Produkte ihrer eigenen Region kennen. Dies hat es ermöglicht, ihre Ernährungssituation zu verbessern, den Bezug zu ihrem Essen wieder herzustellen und gleichzeitig Absatzmärkte für die Bauern vor Ort zu schaffen.

Die Kreisgruppe hat im letzten Jahr auch die Auswirkungen unseres Fleischkonsums auf Paraguay öffentlich thematisiert. Bundestagsabgeordnete der CDU und der SPD zeigten sich sehr beeindruckt

von den Folgen, nämlich der in wenigen Jahrzehnten nahezu kompletten Vernichtung des Regenwaldes in Südamerika für den Anbau von Soja – einem wichtigen Importgut für die industrielle Landwirtschaft in Deutschland.

Nicht nur die Natur, sondern auch die Bevölkerung leidet, da viele Menschen für den Anbau aus ihrer Heimat vertrieben werden. Der Einsatz von Glyphosat auf den Sojafeldern führt nicht nur zum Tod von Insekten, sondern auch zu mehr Missbildungen bei Neugeborenen.

Hannelore Plaumann

Göttinger Genussfahrten – immer ein Genuss

Die Kreisgruppe Göttingen hat sich zum Ziel gesetzt, vor Ort über die Lage der Landwirtschaft zu informieren. Aber anstatt mit erhobenem Zeigefinger am Infostand in der Fußgängerzone zu stehen, lädt sie die Göttinger ein, Bauernhöfe im Umland der Stadt kennenzulernen. Im Rahmen der bundesweiten Aktion „Bauer hält Hof“ organisiert der BUND dazu die „Göttinger

Genussfahrten“. Die Fahrten haben beispielsweise einen Käse- oder Hühnerhof und eine Natursaftkelterei zum Ziel. Dabei werden Tierhaltung, Unterschiede zwischen den Bio-Siegeln und Möglichkeiten der regionalen Versorgung vorgestellt und diskutiert – an leckeren Kostproben mangelt es nie.

Ann-Kathrin Schmidt



Der Göttinger BUND lädt zu Ausflügen auf Bauernhöfe ein.

Foto: BUND



Foto: M. Boekhoff

Immer wieder wird die Ems gestaut, um große Schiffe wie in diesem Fall die „Celebrity Silhouette“ zu überführen.

Schiffe müssen sich an Flüsse anpassen – nicht umgekehrt

Durch massive Vertiefungen in den vergangenen Jahrzehnten sind die Fluss-Ökosysteme von Ems, Weser und Elbe derart geschädigt worden, dass es dort zu dramatischen Verlusten an Lebensräumen und Artenvielfalt kam. Der BUND hatte von der neuen Landesregierung erwartet, dass sie sich klar gegen weitere Eingriffe in die Flusssysteme ausspricht, doch bislang ist dies nicht der Fall.

Ems: Geld für Renaturierung nötig

Der „Patient Ems“ ist immer noch weit entfernt von einer ökologischen Genesung. Der Fluss wurde bis 1995 mehrfach vertieft und begradigt. So wurde die Ems – verglichen mit allen anderen großen Flüssen Deutschlands – zum größten Sanierungsfall der Republik. Seit Mitte der 90er Jahre können weder Fische noch Kleinstlebewesen im Sommer in der Unterems überleben, weil das Wasser zu wenig Sauerstoff enthält. Die ständigen Baggararbeiten sind die wesentliche Ursache für den Sauerstoffmangel und die Verschlickung der Lebensräume.

Der BUND bemüht sich seit einigen Jahren gemeinsam mit dem NABU und dem WWF im Projekt „Perspektive Lebendige Unterems“ darum, Lösungen für eine Renaturierung der Ems zu finden. Dieses Projekt wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung gefördert. 2013 haben die Projektmitarbeiter im ostfriesischen Leer eine Konferenz organisiert mit dem Titel „Renaturierung Europäischer Ästuar“. 150 Teilnehmer aus dem In- und Ausland nahmen dabei nicht nur das Emsästuar, sondern auch andere große

europäische Ästuarie wie Elbe, Weser, Schelde und Seine unter die Lupe, die sich auch in einem schlechten ökologischen Zustand befinden. Schuld daran sind insbesondere die Ausbauten zu Wasserstraßen sowie die Abdeichungen der natürlichen Überschwemmungsräume für den Hochwasserschutz und die Landwirtschaft.

Die Konferenzteilnehmer setzten sich mit den Möglichkeiten der Renaturierung auseinander. Vertreter der Wasser-, Schifffahrts- und Hafenverwaltungen, Landnutzer, Umweltverbände, Vertreter der Meyer Werft und interessierte Bürger informierten sich bei der Konferenz – auch über die Gefahr des „Umkippen“ eines ganzen Flusssystems: Ist ein Ästuar schon vorbelastet, kann ein weiterer Ausbau zum Überschreiten eines „kritischen Punkts“ und damit zu einem „Systemwechsel“ führen. Sedimenttransport-Prozesse ändern sich dabei stark, immer mehr Schlick gelangt in die Flüsse und das Wasser ist extrem getrübt. Ist dieser Zustand erreicht, ist es äußerst schwierig, wieder ökologisch akzeptable Bedingungen herzustellen.

Daraus ergibt sich für die Sanierung der Ems ein dringender aber auch aufwendiger Handlungsbedarf. Der BUND will erreichen, dass trotz der Nutzungsinteressen der Schifffahrt und der Meyer Werft in Papenburg die Flusslandschaft wieder zu einem artenreichen Lebensraum wird. Die rotgrüne Landesregierung hält jedoch bislang an den Baggerungen in der Unterems und den Ausbauplänen für die Außenems fest. Die Verbände erwarten 2014 eine politische Entscheidung für ein Gesamtkonzept zur ökologischen Sanierung der Unterems. Deren einseitige Nutzung für wirtschaftliche Belange verstößt gegen die europäischen Natur- und Gewässerschutz-Richtlinien. Um dort wieder Ökologie und Ökonomie ins Gleichgewicht zu bringen, müssen finanzielle Mittel für die Renaturierung zur Verfügung gestellt werden.

Gerade mit Blick auf „Patient Ems“ gilt es umso mehr, dem schon vorbelasteten Ästuar der Elbe das Schicksal der Ems zu ersparen. Das Ergebnis der Konferenz lautete: Es ist überall dringend geboten, die Schiffsgrößen den ökologischen Grenzen der Ästuarie anzupassen.

Vera Konermann

Elbe: Baustopp bis zum Gerichtstermin

Anstatt die Unterelbe weiter zu vertiefen, fordert der BUND Niedersachsen seit langem eine Alternative: Durch eine Kooperation der drei deutschen Seehäfen können Elbe und Weser geschützt und Steuergelder eingespart werden. Es geht dabei auch um die Frage des vorrangigen öffentlichen Interesses einer weiteren teuren Elbvertiefung, obwohl im benachbarten Wilhelmshaven 1,2 Milliarden Euro an Steuergeldern für den neuen Tiefwasserhafen ausgegeben wurden. Statt Wilhelmshaven gemäß seiner Bestimmung für große Containerschiffe zu nutzen, will Hamburg sie an sich binden.

Die Klage gegen die geplante Vertiefung von Unter- und Außenweser von BUND, NABU und WWF vor dem Bundesverwaltungsgericht hat zu einem vorläufigen Baustopp geführt. Daraufhin sahen sich die beiden Planfeststellungs-

behörden bei der Elbvertiefung zu einem Planergänzungsverfahren veranlasst, um den Vorgaben der „Europäischen Wasser-rahmenrichtlinie“ zu genügen. Doch dazu wurden lediglich oberflächliche Unterlagen vorgelegt, zu denen der BUND wiederum Stellung bezogen hat. Die BUND-Argumente wurden allerdings erneut in den Planergänzungsbeschlüssen der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord und der Hamburger Hafenbehörde nicht angemessen behandelt, sondern pauschal zurückgewiesen.

Weil sich die planenden Behörden damit wieder einer Auseinandersetzung mit kritischen Argumenten entziehen, blieb dem BUND gemeinsam mit dem NABU (unterstützt vom WWF) nichts anderes übrig, als im Klagebündnis „Lebendige Tideelbe“ einen Vortrag im kostspieligen Rechtsstreit beim Bundesverwaltungsge-

richt vorzubereiten. Die Hauptverhandlung soll im Juli 2014 stattfinden. Spannend wird, welche Fragen dort behandelt werden und ob und welche (analog zur umstrittenen Weservertiefung) dem Europäischen Gerichtshof zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werden. Kernthema der Auseinandersetzung wird die Frage des vorrangigen öffentlichen Interesses sein.

Damit Hamburg die großen Containerschiffe weiterhin an sich binden kann, bekommen diese Schiffe bereits besondere Rabatte bei den Hafengebühren, was den ruinösen Hafenwettbewerb auf Kosten von Umwelt und Steuerzahler deutlich macht. Der BUND fragt: Wann wird die verantwortliche Politik bei solch umstrittenen Infrastrukturprojekten zur Vernunft kommen? Die rot-grüne Landesregierung sollte sich endlich gegen eine weitere Elbvertiefung aussprechen. *Dr. Walter Feldt*

Weser: warten auf Europäischen Gerichtshof

Durch die Vertiefungen in den vergangenen Jahrzehnten haben auch die Lebensräume an der Weser stark gelitten. Der BUND setzt sich dafür ein, endlich die Spirale von immer neuen Flussvertiefungen an Weser, Ems und Elbe zu durchbrechen und fordert – auch zum Schutz der Weser – die Kooperation der deutschen Nordseehäfen. Mit einer Klage gegen die erneute

Vertiefung der Weser war der BUND beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig erfolgreich. Das Gericht hat daraufhin bislang ungeklärte Fragen zur „Europäischen Wasser-rahmenrichtlinie“ an den Europäischen Gerichtshof weitergeleitet. Danach wird abschließend wiederum das Bundesverwaltungsgericht – unter Berücksichtigung der Antworten aus Luxemburg – über die

Klage entscheiden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs ein bis zwei Jahre auf sich warten lassen wird. So lange wird ein Baustopp gelten, da sonst irreversible ökologische Schäden angerichtet werden können.

Vera Konermann

Gemeinsam anpacken für „unseren Bach“

Alle gemeinsam für „unseren Bach“ – diese Idee ist im vergangenen Jahr in Osterholz-Scharmbeck in die Tat umgesetzt worden. Die BUND-Kreisgruppe Osterholz wollte die dringend notwendige Renaturierung des städtischen Gewässers der Kreisstadt voranbringen. Am Ende wurde daraus das äußerst erfolgreiche Projekt „Lebenswandel am Scharmbecker Bach“ mit viel ehrenamtlichem Engagement, guter Zusammenarbeit verschiedener Interessengruppen, mit Behörden und dem Unterhaltungsverband. Das Ergebnis: Der Bach ist wieder ein wertvoller Lebensraum für Tiere und Pflanzen geworden.

Die Kreisgruppe hatte dafür zehn sehr unterschiedliche Partner gefunden: Fischereivereine, eine Fotogruppe, einen Landschaftspflegeverband, ein Gymnasium und den Landkreis. Durch die enge Kooperation mit der Wasserbehörde und dem örtlichen Unterhaltungsverband konnte der BUND umfangreiche EU-kofinanzierte Maßnah-

men schon bei der Planung mitsteuern und eigene Maßnahmen einbringen.

Der bis dahin schnurgerade Bachlauf verläuft nun wieder in Schleifen, zudem entstand eine breite Sekundäraue. Böschungsabflachungen, das Einbringen von Totholz oder einer Kiessohle sowie die Anlage mehrerer Kleingewässer wurden durch die Verbände umgesetzt oder unterstützt. Die BUND-Mitglieder halfen auch bei der Entwicklung der höher liegenden „Hartholzaue“ mit; 270 typische Gehölze wie Stieleichen wurden auf dem Uferandstreifen gepflanzt.

Um die Bevölkerung an ihren Bach zu holen, veranstalteten die Ehrenamtlichen „historische Bachspaziergänge“ sowie Fahrradtouren mit Einblick in die Geschichte der Wasser- und Kornmühlen, Pflanzen- und Vogelexkursionen oder Spielereien am Bach für Kinder. Sie organisierten sogar eine „Outdoor-Galerie“, bei der sich die Besucher Tiere und Pflanzen aus Bach und

Aue in Aquarien direkt am Bach ansehen konnten. Schüler aller Jahrgangsstufen eines Gymnasiums beschäftigten sich mit dem Fließgewässer, und eine Fotogruppe präsentierte das Bach-Projekt im Rathaus. Finanziell unterstützt wurde es von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung, der Hanns R. Neumann Stiftung, der Manfred Hermsen Stiftung, dem NLWKN und örtlichen Sponsoren.

Dr. Jutta Kemmer

Der Bach entwickelt sich wieder natürlich.

Foto: BUND



Grundwasser in Gefahr durch Deponien, Kalihalden und Fracking

Generell steht es nicht gut um das Grundwasser in Niedersachsen. Schuld daran ist vornehmlich die intensive Landwirtschaft. Durch einen Überschuss an Düngemitteln ist vielerorts das Grundwasser zu stark mit Nitrat belastet, teils sogar mit Antibiotika aus der Massentierhaltung. Fracking, alte Deponien und Kalihalden sind Beispiele weiterer Gefahren für das Grundwasser, gegen die der BUND 2013 vorgegangen ist.

Fracking: Quo vadis, Niedersachsen?

Im Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung ist zu lesen, dass der Einstieg in die Förderung von unkonventionellem Erdgas mittels Fracking „nicht akzeptabel“ sei, weil „Risiken und Auswirkungen auf die Lebensumwelt der Bürger nicht kalkulierbar“ seien. Aber dass dann gleichzeitig im Koalitionsvertrag eine Umweltverträglichkeitsprüfung für Fracking-Vorhaben avisiert wird, hätte vielleicht schon vor mehr als einem Jahr stutzig machen müssen.

Der jetzige Kurs der Landesregierung beim Fracking hat zu deutlicher Verunsicherung geführt. Denn unkonventionelle Gasgewinnung wurde plötzlich zu konventioneller Gasgewinnung deklariert – obwohl

dabei große Wassermengen mit giftigen Chemikalien in tiefe Gesteinsschichten gepresst werden, um dort das Gestein aufzubrechen und den Gasfluss zu stimulieren. Von der Landesregierung heißt es dazu: Seit Mitte der 1960er Jahre praktiziere man so bereits die Förderung von „Tightgas“ mit der Fracking-Methode. Dabei seien noch nie Umweltprobleme bekannt geworden.

Doch bei diesen mehr als 300 Fracking-Vorhaben wurde niemals eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt, und keiner dieser Vorgänge wurde systematisch untersucht. Das einzige Argument lautet: Bisher sei aufgrund der allgemeinen Umweltüberwachung noch nicht zu erkennen, dass Risiken für

das Grundwasser und damit für Mensch und Umwelt bestehen könnten.

Die Landesregierung strebt nun für Niedersachsen die verpflichtende UVP sowie Vorschriften zu Begleituntersuchungen an sowie die Novellierung des Bergrechts über eine Bundesratsinitiative. Der BUND führt nach wie vor mit der Landesregierung Gespräche zu diesem Thema, ist aber grundsätzlich der Auffassung, dass derzeit – gestützt auf das Wasserrecht – solche Vorhaben aufgrund der unzureichenden Möglichkeiten verlässlicher Prognosen nicht bewilligt werden dürfen, weder ohne noch mit UVP.

Dr. Stefan Ott

BUND-Gruppen und Bürgerinitiativen protestieren vor Ort gegen Fracking – aus Sorge um das Grundwasser.

Foto: Petra Hopp



BUND fordert: keine neue Kalihalde im Kreis Hildesheim

Die K+S Kali GmbH plant, ein Reserve-Bergwerk im Landkreis Hildesheim wieder in Betrieb zu nehmen und die Rückstände auf einer neuen Kalihalde zu entsorgen – über bestem Börde-Ackerland und unmittelbar neben einem Trinkwassergewinnungsgebiet. Um dies zu verhindern, haben die BUND-Kreisgruppe Hildesheim sowie der Landesverband gemeinsam Pressearbeit betrieben, um die Öffentlichkeit über die Gefahren durch eine neue Halde zu informieren.

Für die Wiederinbetriebnahme des Werks Siegfried-Giesen gab es schon ein Raumordnungsverfahren, und Anfang dieses Jahres fand der Scoping-Termin für das bergrechtliche Planfeststellungsverfahren statt. Der BUND sieht die größte Gefahr darin, dass das für Hannover wichtige Wasserwerk Grasdorf sowie das FFH-Gebiet „Leineaue zwischen Hannover und Ruthe“ beeinträchtigt werden könnten. Sie liegen im Grundwasser-Abstrom der Halde, doch eine mögliche Gefährdung wurde bislang nicht einmal untersucht. Kalihalden gefährden Grund- und Oberflächengewässer und die davon abhängigen Ökosysteme – und zwar nicht nur im näheren Umfeld. Durch die neue K+S-Halde könnten mehr als 100 Milliarden Kubikmeter Süßwasser versalzen werden. Das Maximum



Kalihalden (auf dem Bild die Althalde „Siegfried-Giesen“) sind in der Landschaft weithin sichtbar und gefährden das Grundwasser.

Foto: R. Krupp

der Grundwasser-Versalzung wird erst zum Ende der Lebensdauer einer Halde erreicht, wenn fast das ganze Salz durch Niederschläge in Lösung gegangen ist. Kalihalden sind daher tickende Zeitbomben für unsere Süßwasser-Ressourcen. Eine Abdeckung der Halden verlängert nur den Zeitraum, in dem das Salz in die Gewässer gelangt, und eine Basisabdichtung verlagert die Versalzung nur vom Grundwasser in die Oberflächengewässer.

International ist es längst üblich, neue Kaliwerke so zu planen und zu betreiben, dass alle Aufbereitungsrückstände in die

Hohlräume zurückgeführt werden und Produktionsabwässer verwertet und nicht in natürliche Gewässer eingeleitet werden.

Kanada macht es vor: Dort hat eine Provinzregierung die Aufschüttung neuer Kalihalden verboten. Seither wurden dort vollkommen emissions- und rückstandsfreie Kalibergwerke erschlossen – und sie arbeiten profitabel. Dies muss auch für Siegfried-Giesen gelten. Der BUND erwartet, dass bei neuen Kaliwerken in Deutschland mindestens die gleichen Umweltstandards eingehalten werden müssen.

Dr. Ralf Krupp

19

Harz: Alte Deponien verseuchen Grundwasser

Der BUND Goslar hatte das Ergebnis lange befürchtet: Verschiedene Bohrungen haben im vergangenen Jahr ergeben, dass das Grundwasser rund um die ehemalige Grube und Deponie Morgenstern bei Goslar-Hahndorf weiträumig belastet ist. Ohne den jahrelangen Druck und immer wieder neue Anfragen beim Landkreis durch die BUND-Aktiven der Kreisgruppe Goslar wäre es vielleicht gar nicht erst zu den Untersuchungen gekommen. Denn der Landkreis Goslar hatte zu dem Thema jahrelang geschwiegen, ist nun aber endlich zu einer offenen Aufklärungsarbeit übergegangen.

Ursprünglich wurde in dem Bergwerk Eisenerz abgebaut, wozu viele Stollen und Strecken in den Salzgitterschen Höhenzug aufgeföhren wurden. Dadurch entstand eine unterirdische Verbindung von der Grube Morgenstern bis zu den nördlich gelegenen Abbaugebieten Fortuna bei Groß Döhren und Anna Hoffnung bei Liebenburg. Diese unterirdischen Verbindungen haben zur weiten Verteilung von Schadstoffen im Grundwasser geführt.

Seit den 1950er Jahren wurde in der ehemaligen Grube nicht nur legal Hausmüll abgelagert, sondern zeitweise auch illegal Chemikalien. Bosch, Continental oder auch Volkswagen sind nur einige der Firmen, die dort ihren Müll entsorgten. So entstand eine der größten Altlasten im Landkreis Goslar. 1970 wurde das Gelände eingezäunt, einige Chemikalien-Gebinde wurden fachgerecht entsorgt, viele blieben allerdings im Berg. Danach pachtete der Landkreis Teile der Fläche rund um die Grube und errichtete eine geordnete Müllhalde auf der Altlast, die bis in die 1990er Jahre betrieben wurde und bis heute nicht ordnungsgemäß abgedeckt ist. Diese Kombination von höchst kritischer Altlast mit unsachgemäß gesicherter Hausmülldeponie ist eine tickende Zeitbombe, die das Grundwasser der Gemeinde Liebenburg und der Stadt Vienenburg gefährdet.

Eine Bohrung im Salzgitterschen Höhenzug hat im Februar 2013 ergeben, dass sich Schadstoffe der illegalen Sondermüllentsorgung in der Grube weiter verbreitet haben. Aber es kam noch schlimmer: Die

Ergebnisse einer anderen Grundwasser-Probe auf dem Gelände der ehemaligen Deponie Morgenstern lagen etwas später vor, und der Landkreis Goslar verkündete: „Nach ersten Erkenntnissen ist von hohen Schadstoffgehalten im Umfeld der Messstelle auszugehen.“ Schon erste Schnellanalysen hatten zweifelsfrei ergeben, dass man rund um die Deponie von einem größeren Schadensherd ausgehen muss. Ende 2013 hat sich die Lage weiter zugespitzt: Erstmals wurden Schadstoffe, die sicher aus der illegalen Chemikalien-Entsorgung stammen, auch am fünf Kilometer entfernten Schacht Fortuna II festgestellt. Damit ist klar, dass sich die Gifte bereits weiträumig verteilt haben.

Der BUND fordert deshalb, dass die Deponie endlich saniert werden muss. Weitere Bohrungen sind dringend nötig, um genau zu wissen, wie weit sich die Schadstoffe verbreitet haben. Die jahrzehntelange Vertuschungspolitik des Landkreises hat dazu geführt, dass eine Sanierung nun umso teurer wird.

Dr. Friedhart Knolle



Das Atomkraftwerk in Grohnde läuft weiter – doch über Maßnahmen als Reaktion auf den EU-Stresstest gibt es keine Informationen.

Foto: Achim Lückemeyer / pixelio.de

Mit mehr Energie an die Energiewende

Die Energiewende ist ein großes Projekt und könnte ein großartiges Projekt werden – doch derzeit wird sogar immer mehr klimaschädlicher Kohlestrom produziert, der Ausbau der erneuerbaren Energien wird ausgebremst und beim Thema Atomkraft bleiben viele offene Fragen. Im November 2013 und im März 2014 gingen deshalb Tausende Menschen in Berlin und den Landeshauptstädten auf die Straße – darunter viele niedersächsische BUND-Gruppen – und forderten, die Energiewende mit Sonne und Wind zu gestalten und Fracking, Kohle und Atom aufs Abstellgleis zu stellen.

Land und Bund: viele ungelöste Fragen in der Atompolitik

Da war doch was. Vollmundig wurde schon 2012 versprochen, es gäbe einen Neustart in der Endlagersuche. Noch vor der Bundestagswahl 2013 wollten sich alle Parteien im Bundestag auf einen Konsens in dieser Frage verständigen, weil angeblich alle Parteien davon überzeugt waren, dass die Frage, wohin mit dem hochradioaktiven Atommüll nun endlich beantwortet werden müsse. Unter dem Druck eines sogenannten Zeitfensters verhandelten in Berlin die Politiker. Aber auch nachdem der damalige Bundesumweltminister Röttgen zurückgetreten war und Minister Altmaier ins Amt kam, änderte sich an der Geheimniskrämerei in Berlin wenig.

Heraus kam ein „Standortsuchgesetz“, mit dem angeblich die Beteiligten in Berlin zufrieden waren. Die betroffene Bevölkerung wurde nicht beteiligt, auch nicht die Umweltverbände oder Bürgerinitiativen. Auch wenn der BUND aner-

kennt, dass sich die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen nach der Landtagswahl 2013 noch einschaltete und zusätzlich die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission erwirkte, ist dieses Gesetz nicht dazu geeignet, eine Basis dafür zu legen, dass in Deutschland eine Unterbringung des Atommülls akzeptiert wird. Wie auch, wenn Verabredungen zu diesem Gesetz – kaum dass es verabschiedet war – nicht eingehalten wurden?

Wohin mit den Castoren?

Es sollten keine weiteren Castor-Transporte mehr nach Gorleben rollen. Damit sollte die Befürchtung ausgemerzt werden, beim Standortgesetz ginge es nur darum, Gorleben endgültig festzuschreiben. Bis heute steht immer noch nicht fest, wohin die nächsten Castoren kommen. Bis heute hat kein anderes Zwischenlager eine Genehmigung zur Aufbewahrung der Castoren aus La Hague oder Sellafield. Und

als der niedersächsische Umweltminister Wenzel den Rahmenbetriebsplan für Gorleben aufhob, folgte prompt eine Klage gegen diese Aufhebung vom damaligen Bundesumweltminister Altmaier. Sieht so ein Neuanfang aus? Der BUND meint: nein. Zu erwähnen ist noch die Pilotkonditionierungs-Anlage in Gorleben. Diese ist nach wie vor eine Einrichtung, deren Existenz auf ein geplantes Endlager in Gorleben hinweist – allen verbalen Beteuerungen zum Trotz, Gorleben werde nicht präjudiziert.

Der Landesverband ist wie auch die überwältigende Mehrheit des Gesamtrates des BUND der Meinung: Der BUND sollte einen der zwei für die Verbände vorgesehen Plätze in der Bund-Länder-Kommission zur Endlagerfrage besetzen. Nur wer dabei ist, kann etwas erreichen. Nur wer dabei ist, kann versuchen, Schlimmeres zu verhindern. Nur wer dabei ist, kann die Orts- und Kreisgruppen sachgerecht informieren.

Informationen über Grohnde fehlen

Trotz aller Unklarheiten, wie der Atom-müll sicher aufbewahrt werden kann, wird täglich neuer Atom-müll produziert. In Niedersachsen laufen noch zwei Atom-kraftwerke, eines davon ist Grohnde. Obwohl vor mehr als einem Jahr dem niedersächsischen Umweltminister eine To-do-Liste übergeben wurde, was aufgrund des EU-Stresstests in Grohnde zu prüfen und zu erledigen ist, ist immer noch nicht bekannt, ob etwas und was dort eigentlich geschehen ist. Hier vermisst der BUND eine klare Aussage der Atomaufsicht, angesiedelt im Umweltministerium. Eine Aussage der Betreiber ist wenig hilfreich.

Asse: eine unendliche Geschichte

Die Asse war erneut ein Thema im vergangenen Jahr. War es Unfähigkeit oder

gewollte Provokation, dass es wieder zu heftigen Debatten über den Fortgang der Bergungsarbeiten in dem einstürzenden Lager kam? Heftig diskutiert wurde das Vorhaben des Bundesamts für Strahlenschutz (BFS), als es im August geplante Verfüllungsmaßnahmen vorstellte. Gerade weil es zum damaligen Zeitpunkt noch kein Rückholungskonzept gab, waren die Konsequenzen dieser Verfüllung der Asse-2-Begleitgruppe, in der auch ein Vertreter des BUND mitarbeitet, nicht klar.

Im Dezember wurde deutlich, wie schwierig die Frage der Rückholung des abgekippten Mülls zu klären ist. Erstmalig hat sich eine Initiative gemeldet, die sich gegen ein Zwischenlager für diesen Müll einsetzt. Laut eines Artikels in der „Süddeutschen Zeitung“ überreichte die Bürgermeisterin der Samtgemeinde Asse dem BFS eine Unterschriftenliste von Bür-



BUND-Aktive aus Hameln bei der Energiewende-Demo.

Foto: BUND

gern aus der Umgebung gegen ein Zwischenlager in ihrer Samtgemeinde. Dies ist kein ermutigendes Zeichen – nicht nur für die Asse, sondern für die grundsätzliche Frage wohin mit all dem Atom-müll.

Renate Backhaus

Die Energiewende in den Regionen voranbringen

2013 hat Bewegung in die Energiewende gebracht, die zwei Jahre zuvor sogar zum offiziellen politischen Ziel gekürt worden war. Auf Bundesebene war es leider keine Vorwärtsbewegung: Da wird vor allem die Kostenumlage der EEG-Vergütung diskutiert, als stände ihr kein nennenswerter Nutzen gegenüber und als sei die Energiewende weder gesellschaftlicher Konsens noch pure Notwendigkeit der Zukunftsvorsorge. Man sollte ja eigentlich annehmen, dass die Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern gedeckelt wird und nicht diejenige aus erneuerbaren Energiequellen. Die Stromverbraucher müssen endlich von den sinkenden Börsenpreisen profitieren, zu denen der Strom aus erneuerbaren Energiequellen führt. Bleibt zu hoffen, dass die anstehende Novelle des EEG diesen Finanzierungsmechanismus verändert, einen klaren Willen zum Umbau des Energiesystems zeigt und dabei die umwelt- und naturverträgliche Ausgestaltung nicht außer Acht lässt.

Lichtblick Klimaschutzagentur

Auf Landesebene ist Rot-Grün mit vielen Ankündigungen gestartet – sowohl bei der Energieeinsparung und den erneuerbaren Energiequellen als auch beim Bau von Kohlekraftwerken und der Atom-mülllagerung. Die Aktivitäten des ersten Jahres lassen einiges erahnen, aber noch kaum Fakten sehen. Einige Hoffnung liegt auf der neuen Klimaschutz- und Energieagentur. Sie soll Kampagnen zur Energie-Effizienz organisieren und am Landes-Energiekonzept und der Klimaschutz-Anpassungsstrategie mitwirken. In einem Beirat mit maximal

18 Personen sollen alle relevanten Akteure zum Thema vertreten sein, der BUND repräsentiert darin die Umweltverbände. Als langfristige Aufgabe ist ein „Energiewende-Szenario 2050“ anzusehen, an dem 50 Vertreter aller relevanten Gruppen beteiligt werden sollen. Es dient als Basis eines Klimaschutzgesetzes und eines Energie- und Klimaschutzprogramms, das die Politik der nächsten Jahre festschreiben soll.

Mehr Bürgerbeteiligung

Aus Sicht des BUND spielt die Bürgerbeteiligung eine wichtige Rolle beim Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Die Bürger haben ein starkes Interesse an Planungsprozessen, sie wollen mit ihren Sorgen und Vorschlägen ernst genommen, frühzeitig informiert und beteiligt werden. Die klassischen formellen Beteiligungsverfahren reichen oft nicht mehr aus, etwa bei Windkraftanlagen und Strom-

leitungen, um dem Bedürfnis nach umfassender Beteiligung gerecht zu werden. Neue Lösungen stellen informelle Verfahren des Dialogs und der Öffentlichkeitsbeteiligung dar. Durch diese freiwillige Beteiligung können potenzielle Konflikte schon früh erkannt und diesen entgegengewirkt werden.

Neben den formellen und informellen Beteiligungsverfahren ist eine finanzielle Beteiligung der Bürger eine weitere wichtige Facette. Durch die Gründung einer Genossenschaft oder eine Beteiligung an Fonds erhält die Bevölkerung die Möglichkeit, Anlagen zu initiieren oder sich an Anlagen zu beteiligen, die in ihrer unmittelbaren Umgebung gebaut werden. Dieser Akteurswechsel bildet eine wichtige gesellschaftspolitische Dimension bei der Energiewende. Immerhin befinden sich bereits 51 Prozent der bestehenden Anlagen in Bürgerhand.

Michael Kralemann

Beim Bau neuer Windkraftanlagen müssen die Bürger stärker beteiligt werden.

Foto: Karin Averbeck/pixelio.de



Kein neues Kohlekraftwerk in Stade

Ein langer Kampf nimmt kein Ende: Schon seit 2009 wendet sich der BUND gegen den Bau von Kohlekraftwerken in Stade, zusammen mit der DUH, der „Klima Allianz“, der Bürgerinitiative „Stade Altes Land“ und weiteren Initiativen. Von den ursprünglich drei Vorhaben konnten bereits zwei abgewehrt werden. Doch auch im vergangenen Jahr gab es für den BUND in Stade vor allem ein Thema: die Kohlekraftwerkspläne des Chemie giganten „Dow Chemical“.

Das Unternehmen will ein Kohlekraftwerk mit einer elektrischen Gesamtleistung von 900 Megawatt bauen. Nachdem der Stadtrat 2011 die Aufstellung des Bebauungsplans für das Kraftwerk beschlossen hatte, erfolgte 2013 die Beteiligung der Öffentlichkeit im Verfahren. Während der Offenlegung der Unterlagen zum Bebauungsplan haben fast 10.000 Bürger einen Einwand gegen das Kraftwerksprojekt vorgebracht. Die wichtigsten Argumente gegen das Kraftwerk – das einzige in Niedersachsen, das sich in dieser Planungsphase befindet – sind:

1. Kohlekraftwerke passen nicht in das Energiesystem der Zukunft: Die Stromversorgung mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien erfordert einen Kraftwerkspark, der schnell und flexibel auf die naturgemäß schwankende Stromeinspeisung aus Wind und Sonne reagieren kann.

2. Gaskraftwerke sind die geeignete Brückentechnologie: Die hocheffizienten und flexiblen Gaskraftwerke sind wesentlich umwelt- und klimaverträglicher. Auch Dow investiert in Stade bereits in ein werkseigenes Gas- und Dampfturbinenkraftwerk. Dessen Erweiterung wäre eine sinnvolle Alternative zum geplanten Steinkohlekraftwerk.

3. Kohlekraftwerke torpedieren den Klimaschutz: Der durch das geplante Kohlekraftwerk verursachte CO₂-Ausstoß von jährlich über fünf Millionen Tonnen würde alle Klimaschutz-Anstrengungen der Stadt und des Kreises zunichtemachen.

4. Schädliche Folgen für Mensch und Natur: Trotz moderner Technik stoßen Kohlekraftwerke hochgiftige Schadstoffe aus. Große Mengen an Feinstaub und Schadstoffen verursachen Atemwegs-, Herz- und Kreislauferkrankungen. Quecksilber und krebserregende organische Stoffe reichern sich in der Nahrung an. Außerdem ist durch die Entnahme und Einleitung von Kühlwasser mit einem massiven Schaden für das Ökosystem der Elbe zu rechnen.

Ein Jahr voller Protestaktionen

Um das Kraftwerk zu verhindern, haben sich der BUND und die Partnerinitiativen 2013 viel einfallen lassen und viel geleistet.

Regelmäßige Strategiesgespräche, die Organisation von Info-Ständen, das Verfassen von Leserbriefen, Pressemitteilungen und Schreiben an die Landesregierung gehören quasi zum Alltag der Kreisgruppe Stade. Darüber hinaus hat sie an folgenden Aktionen mitgewirkt:

- Veranstaltung im Vorfeld der Landtagswahl mit Politikern aller Parteien
- Anti-Kohle-Protest beim Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Stade
- Mehrere plakative Protestaktionen gegen das Kraftwerk
- Teilnahme an der NDR-1-Debattensendung „Jetzt reicht's“
- Übergabe von mehr als 9000 Stellungnahmen und Einwendungen gegen das Kohlekraftwerk an die Bürgermeisterin zum Ende der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Einreichen einer 300-seitigen Stellungnahme des BUND und seiner Partner gegen das Kraftwerk, in der zahlreiche durch Rechts- und Fachgutachten untermauerte Kritikpunkte am Planungsprozess sowie am Dow-Kohlekraftwerk aufgezeigt werden
- Öffentliche Veranstaltung zum Thema „Zukunft ohne Kohle ist notwendig und möglich“, bei der ein Umweltschützer aus Südafrika die Folgen des Kohleabbaus in seinem Land beschrieb

Thomas Kruse

Der BUND hat viele Aktionen gegen Kohlekraft mitorganisiert.

Trotz moderner Technik stoßen Kohlekraftwerke Schadstoffe und Feinstaub aus.

Foto: Liza Litsch/pixelio.de



Fotos: BUND



Weniger ist mehr: BUND fordert auf allen Ebenen Ausbau statt Neubau

Auch die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen gibt sich beim Thema Straßenbau nicht gerade bescheiden: Sie plant zwar ein paar weniger neue Straßen, doch befürwortet sie beispielsweise weiterhin den Bau der aus Sicht des BUND unsinnigen Küstenautobahn A 20. Der BUND hat daher erneut viel Lobbyarbeit geleistet, um die Natur vor der Zerschneidung durch neue Straßen zu bewahren – auf Orts-, Kreis- und Landesebene.

Bundesverkehrswegeplan: kein schlüssiges Konzept

Bis Ende 2013 mussten die Landesverwaltungen beim Bundesverkehrsministerium ihre Fernstraßenprojekte – also Autobahnen und Bundesstraßen – für den nächsten „Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015-2030“ anmelden. Die rot-grüne Landesregierung hat im Vergleich zur Vorgängerregierung zwar weniger Straßenbauprojekte angemeldet. Doch 228 statt 241 Projekte sind immer noch viel zu viele – die vielerorts Niedersachsens Natur zerschneiden würden.

Daher hat der BUND 2013 erneut auf allen Ebenen für ein integriertes Verkehrskonzept geworben, das ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist und den Klima- und Biodiversitätszielen gerecht wird. Im Koalitionsvertrag finden sich zwar zur Verkehrspolitik Begriffe wie Neuanfang, Vernetzung und Nachhaltigkeit und beim Thema Straßeninfrastruktur sogar das Motto „Erhalt vor Neubau“, doch davon ist in der Realität noch nichts umgesetzt worden.

Das Land hätte sich auf die wichtigsten Projekte konzentrieren und dabei mit Beteiligung der Öffentlichkeit alle sinnvollen Alternativen prüfen sollen, auch verkehrsträgerübergreifend. Doch mit der Übermittlung dieser langen Liste an den Bund schiebt die niedersächsische Landesregierung den Schwarzen Peter für die Auswahl der Projekte schlichtweg auf die Bundesebene.

BUND nennt Alternativen

Erstmals konnten die Umweltverbände schon in dieser frühen Phase des Bundesverkehrswegeplans eigene Vorschläge einreichen. Der BUND-Bundesverband hat dies für Bahn- und Wasserstraßenprojekte erledigt, der BUND Niedersachsen hat zehn Alternativen zu geplanten Straßenbauprojekten im Land vorgeschlagen. Im Mittelpunkt der BUND-Arbeit standen dabei die Planungen zur A 20, A 39, A 33 sowie die B 3 (Ostumgehung Celle). Viele Ehrenamtliche der Kreisgruppen haben daran intensiv mitgearbeitet.

Der Bundesverkehrsminister fordert von den Ländern, Alternativen zu prüfen, um insbesondere die Zerschneidung ökologisch wertvoller Flächen zu verhindern. In Niedersachsen ist das beispielsweise für die geplante länderübergreifende A 20 immer noch nicht erfolgt. Der BUND hat unter anderem vorgeschlagen, durch Investitionen in den maroden Nord-Ostseekanal den Gütertransport per Schiff zu stärken, und auf die gerade erst auf sechs Spuren erweiterte A 1 verwiesen, die parallel zur geplanten A 20 verläuft. Wenn denn ein Bedarf nachgewiesen würde, wäre in Niedersachsen auch der 2+1-Ausbau von Bundesstraßen eine Lösung.

A 39: Land folgt BUND

Bewegung gab es immerhin bei der A 39: Das Land hat die BUND-Alternative in

einer „ergänzenden Liste“ beim Bund eingereicht. Dort soll nun neben der Autobahnplanung auch ein 2+1-Ausbau der B 4 plus Ortsumgehungen geprüft werden. Doch der BUND kritisiert, dass die A 39 unnötigerweise weitergeplant wird – sie würde zur Durchtrennung unzerschnittener, verkehrsarmer Räume führen. Dies hat der BUND beim Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren zum ersten Bauabschnitt der A 39 im Bereich Lüneburg deutlich gemacht.

Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung

Von Landesverkehrsminister Olaf Lies fordert der BUND, die Öffentlichkeit endlich mehr zu beteiligen. Denn das Ministerium wollte bereits bis Ende 2013 ein Verfahren für eine transparente Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung erarbeiten. Bisher ist allerdings nichts passiert – und das, obwohl das Ministerium sogar eine eigene Stabstelle für Bürgerbeteiligung hat.

Transparent und zügig geht das Verkehrsministerium immerhin beim Vorhaben „Reaktivierung von Bahnstrecken“ vor, um den Schienenpersonennahverkehr zu stärken. 28 von 73 vorgeschlagenen Bahnstrecken stehen derzeit zur Auswahl. Ende 2014 soll feststehen, welche sechs bis acht Projekte davon verwirklicht werden. Der BUND hat daran intensiv mitgearbeitet und ist weiterhin über das Nahverkehrsbündnis eingebunden.

Dr. Marita Wudtke

Arbeitskreis Verkehr erarbeitet BUND-Positionen

Im Arbeitskreis Verkehr haben die BUND-Experten gemeinsam mit dem Verkehrsreferat des Bundesverbandes und BUND-Aktiven in Schleswig-Holstein bundesländerübergreifend Alternativen zu Straßen- und Schienenprojekten für den neuen Bundesverkehrswegeplan erarbeitet und eingebracht.

Daneben ging es im Arbeitskreis vor allem wieder um Alternativen zur geplanten Y-Bahntrasse zum Hafen-Hinter-

land-Transport. Die Deutsche Bahn AG hatte eine Machbarkeitsstudie zu Alternativlösungen angekündigt. Es zeichnet sich ab, dass darunter auch vom BUND favorisierte Lösungen konkretisiert werden – aus ökologischen, ökonomischen und zeitlichen Gründen.

Der Arbeitskreis war zudem beim Thema Lärm aktiv: Die Mitglieder haben Lobbyarbeit zum Schienenverkehrslärm betrieben, Bürgerinitiativen unterstützt

und eine Resolution gegen Bahnlärm in Hannover auf den Weg gebracht. Zum Fluglärm hat der Arbeitskreis mit anderen Initiativen einen offenen Brief an Verkehrsminister Lies übergeben mit dem Titel „Nachtruhe ist ein Grundrecht! Mehr Schutz vor Fluglärm“. Der BUND fordert eine Überprüfung der Nachtflugregelung und ein Nachtflugverbot für alle niedersächsischen Flughäfen.

*Hans-Werner Mohrmann,
Dr. Marita Wudtke*

Noch ein Argument gegen die A 20: Elbtunnel zu teuer

Auch mit der neuen Landesregierung geht die Planung der A 20 weiter, doch durch die Umschichtung der Planungsbeschleunigungsmittel zugunsten anderer Projekte wurde immerhin etwas Dampf rausgenommen. Die Autobahnbefürworter sahen sich anlässlich des Regierungswechsels allerdings gezwungen, aktiv zu werden: Alle von der A 20 betroffenen Landräte zwischen Bad Segeberg in Schleswig-Holstein und Westerstede in Niedersachsen, die beiden Landesverkehrsminister und Wirtschaftsvertreter unterzeichneten eine „Stader

Erklärung“, in der der schnelle Bau der A 20 gefordert wird.

Doch diese Erklärung ist nichts wert: Die Anwesenden waren gar nicht zur Unterzeichnung legitimiert, weil dazu Organbeschlüsse nötig gewesen wären. Die Initiativen gegen die A 20 hatten gemeinsam mit den BUND-Kreisgruppen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein vor Ort eine Demonstration organisiert und mit einem „Norddeutschen Manifest für umweltverträgliche Verkehrskonzepte statt Küstenautobahn“ eine Gegenerklärung formuliert. 2013 wurde auch die Eignungs-

abschätzung für die Elbquerung veröffentlicht. Sie untermauert die Argumente der Gegner: Der Elbtunnel ist im Prinzip nicht finanzierbar. Laut Gutachten gibt es kein einziges Finanzierungsmodell, das ohne Milliardenaufwendungen des Bundes zu einer Deckung der Gesamtkosten und der Erwirtschaftung einer angemessenen Eigenkapitalrendite eines privaten Investors führt. Ohne Elbtunnel macht eine A 20 aber noch weniger Sinn, weil damit die ohnehin geringen Verkehrszahlen in der Belanglosigkeit verschwinden würden.

Susanne Grube

Weder Mensch noch Natur brauchen die A 39

Alle Experten im BUND sind sich sicher: Ein Neubau der A 39 von Wolfsburg nach Lüneburg ist nicht notwendig. Die Strecke würde von viel zu wenigen Fahrzeugen genutzt, dafür aber hoch sensible Lebensräume zerschneiden. Die BUND-Kreisgruppe Gifhorn setzt sich seit langem für eine Alternative ein: den Ausbau der parallel laufenden B 4, für den deutlich weniger Natur zerstört werden müsste.

Doch die Befürworter wurden auch 2013 nicht müde zu behaupten, dass eine Autobahn zum wirtschaftlichen Aufschwung der Region und der Schaffung neuer Arbeitsplätze führen würde. Diesen Behauptungen

hat die Kreisgruppe Fachwissen entgegen gesetzt und eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung organisiert.

Matthias Gather, Professor für Verkehrspolitik und Raumplanung an der Fachhochschule Erfurt, stellte dabei seine Forschungsergebnisse vor. Sein Fazit: Neue Industrien siedeln sich schon seit den 1970er Jahren nicht mehr automatisch dort an, wo es Autobahnen gibt. Es gebe viele andere Bedingungen, von denen eine Ansiedlung abhängig sei. Von einer verbesserten Verkehrsverbindung zwischen zwei Regionen würden stärkere Regionen grundsätzlich mehr profitieren

als schwächere Regionen. Autobahnen seien kein zielgerichtetes Instrument der regionalen Strukturpolitik.

Der Verkehrsreferent des BUND-Bundesverbands Dr. Werner Reh und Hans-Christian Friedrichs, niedersächsischer Landesvorsitzender des Verkehrsclub Deutschland, forderten, endlich ein umweltverträgliches Verkehrskonzept zu entwickeln. Auf den Punkt gebracht: mehr Gütertransport per Bahn und Schiff und eine Stärkung des Öffentlichen Personenverkehrs – wie es auch im rot-grünen Koalitionsvertrag in Niedersachsen festgehalten ist.

Eva Gresky, Manfred Michel

BUND-Gruppe löst Verkehrsproblem und rettet Wald



Um den Eyßelforst zu retten, lud der BUND zu einem Waldspaziergang ein.

Im August wurden die Gifhorer durch die Nachricht aufgeschreckt, dass eine zweite Zufahrt zu einem großen Gewerbegebiet am Allerkanal geplant sei, die mitten durch den Eyßelforst geführt hätte. Alle Fraktionen im Stadtrat seien sich einig, dass nur so das Verkehrschaos verhindert werden könnte, das entsteht, wenn 3000 Beschäftigte aus dem Gewerbegebiet nach Hause fahren.

Der Niedersächsische Verkehrsminister kam zu einem Ortstermin und stellte sich hinter die Forderung von Politik und Betrieben nach einer zweiten Zufahrt. Doch die BUND-Kreisgruppe wandte sich umgehend in einer Stellungnahme gegen die geplante Zerstörung eines der beliebtesten Naherholungsgebiete der Stadt und rief zu einem Waldspaziergang mit dem zuständigen Förster auf. Diesem folgten 83 Bürger, die im Anschluss die „Bürgerinitiative Eyßelwald“ gründeten.

Der Eyßelforst ist Landschaftsschutzgebiet und laut Regionalem Raumordnungsprogramm Vorranggebiet für ruhige Erholung in Natur und Landschaft. Auf Letzteres wies der BUND die Ratsvertreter in einer Bürgerfragestunde hin. Ihnen war wohl gar nicht klar, dass ein Eingriff in dieses Waldgebiet nur mit einer Änderung des Raumordnungsprogramms möglich sein würde – eine deutliche Hürde für die geplante Straße durch den Wald. Doch der BUND wollte – wie immer – nicht nur eine

Straße verhindern, sondern auch konstruktiv an einer Lösung des Verkehrsproblems mitarbeiten. In ihrer Stellungnahme hatte die BUND-Kreisgruppe die Staus analysiert und eine fehlerhafte Ampelschaltung als Ursache ausgemacht. Die einfache BUND-Alternative lautete: Die Ampelschaltung sowie einige Fahrspuren im Kreuzungsbereich ändern. BUND und Bürgerinitiative ließen die Verkehrssituation von einem Verkehrsplaner überprüfen, der zu denselben Schlüssen wie der BUND kam.

Schließlich gab auch die Stadtverwaltung eine Verkehrsuntersuchung in Auftrag, die die BUND-Analyse bestätigte. Ein Ingenieurbüro berechnete Kosten in Höhe von 300.000 Euro für die Ertüchtigung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur. Eine neue Straße durch den Wald hätte mindestens 1,3 Millionen Euro gekostet. Dies überzeugte die Politiker: Im Januar war die drohende Naturzerstörung vom Tisch.

Reimund Wunderlich



Auf Juist – mitten im Nationalpark – sammelten BUND-Aktive am Strand erschreckend viel Müll ein.

Foto: Viora Weber

Viele Gefahren für das niedersächsische Wattenmeer

25

Das Niedersächsische Wattenmeer – streng geschützt als Weltnaturerbe und Nationalpark – bietet einen unvergleichlichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen. 10.000 Arten haben hier ihren Lebensraum, weshalb es eine international herausragende Bedeutung für die Sicherung der biologischen Vielfalt hat. Über diese Rolle informiert der BUND in vielen Nationalpark-Häusern an der Küste und auf den Inseln. Zudem setzt er sich nach wie vor für einen strengeren Schutz ein, denn das Wattenmeer ist noch immer bedroht.

BUND-Müllkampagne: „Plastik – weniger ist Meer“

Das Team des Meeresschutzbüros in Bremen befasst sich für den BUND mit der Nordsee und den seltenen Arten, die hier leben, beispielsweise dem Schweinswal. Millionen Vögel ziehen jährlich über die Meere – vorbei an Offshore-Windanlagen und Großbauprojekten. Schadstoffe, Nährstoffe, Pestizide und Tausende Tonnen von Müll belasten diesen Lebensraum. Für den BUND gibt es daher viel zu tun, um diesen Lebensraum zu schützen und dafür zu sorgen, dass die EU-Meeresschutz-Rahmenrichtlinie umgesetzt wird.

Im nationalen und internationalen politischen Meeresschutz ist der BUND inzwischen eine feste Größe, er ist unter anderem als deutsches Mitglied des Dachverbandes „Seas at Risk“ in Brüssel aktiv. 2013 traf sich auf der Konferenz „Vermüllung der Meere“ die internationale Fachwelt in Berlin auf Einladung der EU und des Bundesumweltministeriums. Der

BUND hat dabei in einer „Müllmonster-Aktion“ dem damaligen Umweltminister Altmaier ein „Müll-Manifest“ überreicht. Das erste Ziel: Bis 2020 soll die Menge des in die Meere eingebrachten Mülls um 50 Prozent sinken.

Zudem hat der BUND viele Müllsammel-Aktionen organisiert und die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert durch Vorträge an Schulen, Hochschulen und für die maritime Wirtschaft. Die Meeresschutzarbeit wird weiter ausgebaut.

Schutzgebiete brauchen Schutz

51 Prozent der Nordsee sind als Schutzgebiet ausgewiesen. Der BUND setzt sich für den „echten Schutz“ dieser Gebiete ein, die Natur muss sich dort tatsächlich ungestört entwickeln können. Bodenberührende Fischereigeräte dürfen nicht mehr den Meeresboden umpflügen, Schweinswale und Seevögel müssen vor

den Folgen der Stellnetzfischerei geschützt werden, und Öl- und Gasförderung haben in Schutzgebieten nichts zu suchen.

2013 hat der BUND sich auch gegen die Zertifizierung der niedersächsischen Miesmuschelfischerei mit dem MSC-Gütesiegel (Marine Stewardship Council) als umweltverträgliche, nachhaltige Nutzung gewandt, da die Miesmuschelfischerei sich ökologisch nachteilig auswirkt. Nach Auffassung des BUND steht sie im Widerspruch zu nationalem und europäischem Naturschutzrecht. Denn Miesmuscheln werden unter Wasser und auf dem Watt mit schwerem Fanggerät abgeerntet, wobei geschützte, natürliche Wildmuschelbänke geschädigt werden. Für zahlreiche Arten wie den Austernfischer, der auf Miesmuscheln angewiesen ist, geht die Nahrungsquelle verloren.

Nadja Ziebarth

„Land unter“ im Nationalpark-Haus Baltrum

Der stürmische Winter 2013 hat dazu geführt, dass es im Nationalpark-Haus Baltrum zu einem ganz besonderen Einsatz kam: Lena Koll, die dort ein Freiwilliges Ökologisches Jahr absolviert,

musste den Sturmfluten trotzen, die das Gebäude erreicht hatten. Zusammen mit der Feuerwehr pumpte sie nachts stundenlang Wasser aus dem Haus – mit Erfolg: Bis auf einen kleinen Spülsaum im Flur hat

das Haus alles unbeschadet überstanden. Mehr als 35.000 Besucher waren im vergangenen Jahr im Nationalpark-Haus zu Gast und informierten sich über den Lebensraum Wattenmeer. Das Team hat mehr als 450 Veranstaltungen für Erwachsene und Kinder auf die Beine gestellt, die meisten der fast 9.000 Teilnehmer ließen sich durchs Watt führen. Während der Zugvogeltage im Nationalpark nahmen viele Menschen an der Vogelwanderung in den wilden Osten der Insel teil und bestaunten die Flugschauspiele großer Watvogelschwärme. Ein neues Spektiv bereichert seit 2013 den Baltrumer „Vogelkiek“, und bei der Arbeit an der Mikroskop-Station können die Besucher mithilfe einer Kamera beispielsweise einer Garnele tief in die Augen schauen. 2014 soll im Nationalpark-Haus eine neue Ausstellung zum Thema „Küstenschutz“ eröffnet werden.

Karen Kammer



Foto: Christiane Baaske

Während der Sturmflut stand das Nationalpark-Haus unter Wasser.

Kreisgruppe Norderney schützt „ihren Strand“

Mitglieder der BUND-Kreisgruppe Norderney hatten 2013 an einem Tag einen besonders schönen Einsatzort, an dem sie Umweltschutz betrieben: Sie sind am Strand entlang gelaufen und haben Müll eingesammelt. Anlässlich des

„Internationalen Müllsammeltags“ am dritten Samstag im September haben sie damit auf das Problem der zunehmenden Meeresverschmutzung durch Plastikmüll aufmerksam gemacht. Allein auf einer Strecke von etwa 500 Metern haben die

BUND-Aktiven mehr als 370 Gegenstände gefunden, den Großteil machten Plastikteile aus.

Ein Stück des Strandes auf Norderney wird – vor allem für die Touristen und im Auftrag der Kurverwaltung – regelmäßig von einer Strandkehrmaschine gereinigt. Diese Maschine nimmt aber nicht nur den Müll auf, sondern entfernt vom Spülsaum auch alle Überreste von Pflanzen und Tieren des Meeres, z.B. Schalen von Muscheln oder Tang. Dies belastet einen wichtigen Teillebensraum für nordische Zugvögel, die im Flutsaum nach Nahrung suchen. Die Kreisgruppe setzt sich deshalb dafür ein, dass der Strand außerhalb der Badesaison seltener gereinigt wird und nur bestimmte Abschnitte gesäubert werden und dass außerhalb der Touristensaison nicht mit der Maschine, sondern manuell Müll gesammelt wird.

Hartmut Andretzke



Auch am Strand von Norderney landet viel zu viel Müll.

Foto: BUND

Nationalpark-Haus Dornumersiel: auf ins Watt

Im Nationalpark-Haus Dornumersiel sind die geführten Wattwanderungen der „Renner“. Von dort aus kann man zu Fuß die Inseln Norderney, Baltrum und Spiekeroog besuchen – besonders schöne Ziele nach der wunderbaren Weite des Watts. 2013 hat das Bundesamt für Naturschutz diese Führungen als „Wandertage zur Biologischen Vielfalt“ beworben.

Vor allem an den angebotenen winterlichen Wattwanderungen nahmen 2013 besonders viele Menschen teil.

Mehrtägige Natur- und Umweltbildung ist seit 13 Jahren ein solides Standbein des BUND-Nationalpark-Hauses. Lehrer lassen sich hier fortbilden, Studenten erforschen naturverträgliche, touristische Entwicklungspotentiale und Schüler unterschied-

lichster Altersgruppen und Schulformen besuchen die Unterkunft im Tagungshaus „Umweltforum“, das an das BUND-Nationalpark-Haus angeschlossen ist. Zu den speziellen Angeboten zählen Natur-Erlebnisfahrten nach Langeoog, die Wattquerungen zu den Inseln sowie Natur-Zeit-Reisen entlang der Küste.

Ulke van der Meer

Schüler lieben Nationalpark-Haus auf Juist

Das Nationalpark-Haus Juist bietet seit 2013 nicht nur vielen Urlaubern interessante Einblicke in alle Facetten der Juister Natur, sondern auch Schülern der Ganztagschule der Insel. Einmal in der Woche kommen sie zur „Natur und Umwelt-AG“ ins Nationalpark-Haus und werden abschließend sogar zu „Junior-Rangern“ ernannt. Auch viele Klassenfahrten führen auf die Insel, und die Schüler erleben mit dem Team des Nationalpark-Hauses das Mehrtagesprogramm „Juist-Erlebnis pur!“. Um dafür neue Materialien anzuschaffen, beispielsweise einen Wattrollstuhl und La-

borausrüstung, hat sich das Nationalpark-Haus erneut beim Sparda-Umweltpreis beworben und den 3. Preis gewonnen.

Das BUND-Team hat im letzten Jahr außerdem neue Veranstaltungen ausgearbeitet und angeboten – mit großer Resonanz. Bei der Führung „Sagenhaftes Wattenmeer“ handelt es sich um einen Dünen- und Strandspaziergang mit lustigen, aber auch besinnlichen Geschichten rund um die Nordsee. Bei der zweiten Führung sagt der Titel eigentlich schon alles: „Naturkundliche Inselquerung – Juister Lebensräume haben viel zu bie-

ten!“ Zu Fuß geht es dabei mit vielen Teilnehmern vom Strand durch die Dünen bis zur Salzwiese mit entsprechenden Erklärungen zu den jeweiligen Bereichen.

Anlässlich der Zugvogeltage im Oktober hat das Juister Team einige neue Veranstaltungen angeboten, unter anderem einen Vortrag über Vogelbeobachtung und -fotografie und eine Ringelgans-Bildergeschichte für Kinder. Unterstützt wird das Nationalpark-Haus-Team neuerdings von einer Juister Rentnerin, die dort ehrenamtlich mitarbeitet und inzwischen nicht mehr aus dem Team wegzudenken ist.

Jens Heyken

Spiekeroog: reger Betrieb im neuen Forschungszentrum

Auf Spiekeroog ist die Freude groß: Endlich ist der Bau des Forschungszentrums am Nationalpark-Haus Wittbülten abgeschlossen. 2013 wurden die neuen Möglichkeiten bereits vielseitig genutzt. Insbesondere die Universität Oldenburg war mit verschiedenen Kursen, Fortbildungen und mit der Bearbeitung von Masterarbeiten präsent.

Einen Höhepunkt stellte die „International Summerschool“ in Kooperation mit dem Institut für Chemie und Biologie des Meeres dar. Die Teilnehmer kamen aus Australien, Kanada, den USA und meh-

rerer europäischen Staaten. Im Mittelpunkt standen die ökologischen, biologischen und chemischen Prozesse im Wattenmeer, die mit unterschiedlichen Methoden untersucht wurden. Dafür standen die Forschungslabore und das Forschungszentrum des Nationalpark-Hauses zur Verfügung.

Seit 2013 bereichert die Sonderausstellung „Muscheln und Schnecken der Nordsee“ das Nationalpark-Haus und wird wegen der guten Resonanz ein weiteres Jahr dort verbleiben. Neben einem umfangreichen Programm zur Ökologie und

dem Schutz des Wattenmeeres sorgt das Wittbülten-Team mit vielen Helfern dafür, dass die „Späte Traubenkirsche“ (*Prunus serotina*) sich nicht weiter ausbreitet. Sie stammt ursprünglich aus dem östlichen Nordamerika und ist eine der wenigen fremdländischen Gehölzarten, die sich in mitteleuropäischen Wäldern erfolgreich und aggressiv etabliert hat. Schon viermal hat das Wittbülten-Team gemeinsam mit Schülern die Ausbreitung verhindert, zwei Klassen erhielten dafür 2013 den Spiekerooger Umweltpreis.

Swaantje Fock

Teilnehmer aus aller Welt waren bei der „International Summerschool“ dabei und entnahmen Sedimentproben im Watt.

Foto: Nationalpark-Haus Wittbülten





Die BUNDjugend sorgte bei der Demo „Wir haben es satt“ für gute Fernsehbilder – nicht nur in der Tagesschau.

Foto: BUNDjugend

Für kleine und junge Leute: Spaß und Lernen mit dem BUND

Viele BUND-Gruppen im Land bieten Programm für kleine Naturentdecker und jugendliche Umweltschützer. Sie gehen in Kindergärten und Schulen, laden den Nachwuchs zu Exkursionen in die Natur ein oder bieten spannende Spiele in Feld und Wald. Kinder und Jugendliche lernen so mit viel Spaß ihre Umwelt kennen – nicht nur vor der Haustür, sondern auch über Grenzen hinweg.

Auf nach Warschau: BUNDjugend beim Klimagipfel

Die BUNDjugend Niedersachsen hat sich 2013 besonders auf zwei Themen konzentriert: Landwirtschaft und Klima. Höhepunkt des Jahres war eine Bildungsreise im November nach Warschau zum UN-Klimagipfel. Die BUNDjugend organisierte die sechstägige Reise zusammen mit Studenten der TU Braunschweig. 30 junge Umweltschützer machten sich auf den Weg, drei davon konnten sogar an der Konferenz teilnehmen, die anderen führten eigene Aktionen durch und beteiligten sich am großen „Walk-Out“ vieler NGOs aus dem Konferenzgebäude. Die Gruppe führte zudem Gespräche mit einigen NGOs und Stiftungen und erstellte einen eigenen Blog und Radiobeiträge. Die Warschau-Gruppe plant weitere Aktivitäten: Es besteht der Wunsch, sich mit anderen Jugendgruppen zu vernetzen und sich gemeinsam auf den nächsten Klimagipfel in Europa (Paris 2015) vorzubereiten.

Protest gegen Massentierhaltung

Die BUNDjugend hat im vergangenen Jahr viel Arbeit in die Themen Landwirtschaft und Ernährung gesteckt: Im Januar fand ein bundesweites Aktiventreffen der BUNDjugend in Berlin statt. Dies verknüpften die Niedersachsen mit der Teilnahme an der Großdemonstration unter dem Motto „Wir haben es satt!“. Viele Aktive der BUNDjugend sahen sich abends

in den Fernschnachrichten wieder: Denn in ihren auffälligen Tierkostümen lieferten sie den Kameralenten schöne Bilder.

Eine zweite große Demonstration gegen Massentierhaltung fand in Wietze bei Celle statt. Die BUNDjugend mobilisierte 90 junge Demonstranten, die dort gegen den riesigen Geflügelschlachthof protestierten.

Kinder führen begeistert ihr Naturtagebuch

Alle Jahre wieder organisiert die BUNDjugend den Naturtagebuch-Wettbewerb, bei dem 8- bis 12-Jährige ihre Naturbeobachtungen aufschreiben und damit an einem Wettbewerb teilnehmen. Die Gewinner vom Vorjahr durften 2013 an einem zweitägigen Naturentdecker camp teilnehmen, und die Sieger-Schulklassen verbrachten einen Vormittag im Heseler Wald mit einer Waldpädagogin. Die Kinder waren begeistert und hatten großen Spaß in der Natur. 2013 nahmen 250 Kinder an dem Wettbewerb teil. Die Sieger erwartet ein erlebnisreicher Ausflug nach Stade und Osnabrück.

Projekt „Landschaftswandler.in“

Die BUNDjugend hat im vergangenen Jahr ein landesweites Projekt auf den Weg gebracht namens „Landschaftswandler.in“, das voraussichtlich im März 2014 startet, gefördert durch die Aktion Mensch. Der

Fokus liegt darauf, mit Jugendlichen im ländlichen und kleinstädtischen Raum Aktionstage durchzuführen, bei denen sowohl Wissen über die Natur vermittelt als auch aktiver Naturschutz betrieben wird. BUND-Gruppen sollen darin geschult werden, vor ihrer Haustür passende Angebote für Jugendliche zu machen.

Neue Ideen mit Ortsgruppen

Der Kontakt zu den Ortsgruppen und zum BUND konnte 2013 gestärkt werden. Im März führte BUNDjugend-Koordinatorin Clara Waldermann mit der Ortsgruppe Gifhorn eine Projektwerkstatt durch. Dort entwickelten Jugendliche eigene Projektideen und erstellten einen konkreten Projektplan. Im Juni realisierten sie tatsächlich ihre Idee mit dem Namen „Blühende Landschaft – Weniger Müll“ und organisierten einen Stadt-Verschönerungs-Spaziergang, bei dem sie Müll sammelten und ihren Ort mit Neupflanzungen verschönerten.

Auch 2014 gibt es viel zu tun, um Jugendliche für ihre Umwelt und Natur zu begeistern: Zusammen mit der Kreisgruppe Hannover gestaltet die BUNDjugend derzeit ein Projekt, das künftig anderen BUND-Gruppen zur Nachahmung dienen soll. Dazu soll ein „Fledermaus-Schulprojekttag“ ausgearbeitet werden.

Clara Maria Waldermann

Jugendarbeit: Hochschule ins BUND-Boot geholt

Die BUND-Kreisgruppe Osnabrück war im letzten Jahr ein spannendes Forschungsobjekt für Studenten. Die Hochschule Osnabrück bot unter der Leitung von Prof. Cord Petermann ein Seminar mit dem Titel „Landschaftsplanerische Konzeptentwicklung in Kooperation mit dem BUND Osnabrück“ an. Darin beschäftigten sich die Studenten mit der Kreisgruppe und ihren einzelnen Schwerpunkten. Sie beschrieben die schon vorhandenen Strukturen, Orte und Aktionen. Ihr Ziel war es, neue Wege aufzuzeigen, um Jugendliche

an den Umwelt- und Naturschutz heranzuführen. Es hat sich gezeigt, dass die Kreisgruppe – wenn man nur einmal genau hinsieht – viel Potential für Jugendliche hat. Vor allem der Naturwald Palsterkamp in Bad Rothenfelde, die Streuobstwiesen im Osnabrücker Land und der im Stadtzentrum Osnabrücks gelegene Naturgarten sind wunderbare Orte für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Die Studenten entwarfen vielfältige Ideen, von einem Survivaltraining für Jugendliche über Malkurse und Kooperationen mit

Schulen bis hin zu einem „Poetry Slam“ zum Thema Natur. All diese Aktionen wurden unter der Wortschöpfung „Umwelt-Aktiv“ zusammengefasst. Aus der wissenschaftlichen Theorie wird nun tatsächlich Praxis: Die Umwelt-Stiftung Weser-Ems unterstützt das Projekt finanziell, sodass eine neue Mitarbeiterin mit der Arbeit mit Jugendlichen beginnen wird. Aufgrund der fruchtbaren Zusammenarbeit sind außerdem weitere Kooperationen zwischen der Hochschule und dem BUND geplant.

Ulla Feldmann

Jugendliche aus aller Welt erhalten Kalkmagerrasen

Die Kreisgruppen Braunschweig und Wolfenbüttel haben sich das Ziel gesetzt, einen Kalkmagerrasen bei Wolfenbüttel, Heimat seltener Tier- und Pflanzenarten, zu erhalten und immer wieder zu entbuschen. Dabei haben seit 2008 Jugendliche aus aller Welt geholfen; auch 2013 waren acht junge Menschen aus acht Ländern drei Wochen lang ehrenamtlich im Einsatz. Am „Ösel“ wird geradezu modell-

haft eine Zusammenarbeit zwischen Grundbesitzern, Behörden, einem Schafzüchter, Schulen und den Naturschutzverbänden vorgeführt. Die Finanzierung des Ösel-Workcamps hat die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung ermöglicht.

Robert Slawski

Braunschweiger Erfolgsmodell:
Jugendaustausch mit Umweltschutz.



Foto: BUND

Naturschutz und Umweltbildung über Grenzen hinweg

Die Natur kümmert sich nicht um Grenzlinien, die von Menschen auf Landkarten eingetragen werden. Daher ist für einen wirkungsvollen Naturschutz die Vernetzung von Regionen und Ländern erforderlich. In Kooperation mit dem BUND Niedersachsen kümmert sich der Verein ENEA (European Nature and Environment Academy) um eine solche Vernetzung – nicht nur über Landesgrenzen der Europäischen Union, sondern auch über Grenzen zu Nicht-EU-Ländern hinweg.

Im vergangenen Jahr sorgte ENEA – gefördert vom Auswärtigen Amt und in Kooperation mit dem BUND und der Deutschen Umwelthilfe – für eine Wissensvermittlung zwischen deutschen und tunesischen Jugendlichen. Denn wer weiß das schon: Im grünen Nordwesten Tunesiens finden sich die besterhaltenen und artenreichsten Eichenwälder rund ums Mittelmeer. Sechs junge Deutsche besuchten diese Gegend namens „Kroumirie“ im Rahmen des deutsch-tunesischen „Ranger-Camps Naturschutz und Nachhaltiger Tourismus“. Zuvor lernten sechs Tunesier bei einem Deutschlandbesuch unter anderem die BUND-Burg Lenzen und das BUND-Großprojekt in der Lenzen-Elbtalaue kennen.



Bei einer Bootsfahrt lernten tunesische und deutsche Jugendliche die Elbtalaue kennen.

Foto: ENEA

Der Austausch diente der Umweltbildung und Berufsorientierung in nachhaltigen Bereichen wie Ökotourismus, Naturschutz, Regionalvermarktung und erneuerbare Energien. Die zwölf 19- bis 30-Jährigen gingen der Frage nach, wie Naturschutz und

Umweltaktionen die tunesische Zivilgesellschaft voranbringen können, unterstützt von drei Natur- und Umweltorganisationen vor Ort. Mehr Informationen zum Verein ENEA finden Sie hier: www.enea-net.eu

Dr. Wolfgang Wesely

Salzgitter: Umweltbildung im eigenen Waldhaus



Viele Schüler besuchen den BUND Salzgitter und lernen bei Exkursionen die Natur kennen.

Foto: BUND

Am BUND-Waldhaus Altenhagen arbeiten Ehrenamtliche des BUND Salzgitter daran, das Zusammenwirken von Umwelt, Natur- und Klimaschutz darzustellen, erlebbar zu machen und gleichzeitig Umweltbildung anzubieten. Sie opfern ihre Freizeit, damit Kinder und Jugendliche in und rund um ihr Waldhaus viel lernen und entdecken können. Deshalb dient die Einrichtung auch als außerschulische Lerneinrichtung. 2013 besuchten mehrere Schulklassen und andere Besuchergruppen das Haus, um dort Projekt-tage mit Umweltschwerpunkt zu erleben und Exkursionen aufs Außengelände zu machen.

Thomas Ohlendorf

Abenteuer vor der Haustür für Kinder in Neu Wulmstorf

Wie erfolgreich die Arbeit mit Kindern sein kann, zeigt seit langem die BUND-Ortsgruppe Neu Wulmstorf, vor den Toren Hamburgs gelegen. Seit 25 Jahren engagiert sich die Gruppe für die Kinder vor Ort, die BUND-Aktiven besuchen Kindergärten und Schulen mit verschiedenen Angeboten rund um das Thema Natur.

Das schönste Angebot der BUND-Gruppe ist ein Dauerbrenner: In einer hügeligen Wald- und Heidelandschaft rund um den Wulmstorfer Bornberg hat die Gemeinde dem BUND einen Platz zur Verfügung gestellt. Dieser Ort ist für die Kinder nicht irgendein Ort, sondern die „Geheime Wiese“. Bis zu 35 Kinder kommen regelmäßig dort-

hin zu einem spannenden Nachmittag. Sechs- bis Zwölfjährige toben sich in der „Geheime-Wiese-Gruppe“ richtig aus. Sie klettern auf Bäume, bauen Vogelhäuschen, schnitzen Holzfiguren, säubern Nistkästen oder pirschen durchs Unterholz. Zum Aufwärmen geht es anschließend in den gemütlichen BUND-Bauwagen.

Carla Juhre

Raupe Nimmersatt und Schmetterlinge in der Schule

Die Kreisgruppe Wolfsburg hat sich 2013 vor allem dem Schutz der Schmetterlinge gewidmet. 10 Schulklassen mit insgesamt knapp 200 Kindern verfolgten hautnah die Entwicklung von Distelfaltern – von der Raupe über die

Puppe bis zum Schmetterling. Sie lernten die Verwandlung kennen, und am Ende konnten die jungen Forscher im Grünen Klassenzimmer Kerk siek sehen, dass aus den gefräßigen Raupen bunte Schmetterlinge geworden waren.

Die Schüler überprüften mit ihrem erworbenen Wissen die Umgebung auf „Schmetterlingsfreundlichkeit“. Sind ausreichend Blüten für die Falter vorhanden? Können sie sich vor Wind schützen? Finden die Weibchen die richtigen Futterpflanzen zur Eiablage, damit die Raupen etwas zu fressen haben? Anschließend bekam jedes Kind einen frisch geschlüpften Falter auf die Hand gesetzt, von wo aus die Tiere sich auf in die Freiheit machten.

Neben der Umweltbildung für Kinder engagierten sich die BUND-Aktiven auch körperlich für den Schutz der Schmetterlinge: Sie legten gemeinsam mit dem Imkerverein Fallersleben einen 200 Meter langen Blühstreifen an. Zusammen mit der Stadt Wolfsburg präsentierte die BUND-Gruppe eine Foto-Ausstellung mit Bildern heimischer Schmetterlingsarten, außerdem engagierte sie sich erneut für die Tagfalter-Kartierung, die seit 2012 zusammen mit dem Umweltamt organisiert wird.

Inga Lüdecke



Die beiden Schülerinnen beobachten fasziniert, wie der Schmetterling sein Leben in Freiheit beginnt.

Foto: BUND



Die Burg Lenzen liegt malerisch in der Elbtalaue und beherbergt neben dem Bio-Hotel auch ein Besucherzentrum sowie Projektbüros des BUND.

Foto: BUND

Horizontenerweiterung im Vorzeigebauernhof und Vorzeigehotel

Der BUND sorgt schon immer dafür, dass Menschen ihre Umwelt und Natur besser kennenlernen, um sie in der Folge stärker wertzuschätzen und zu schützen. Dazu engagiert sich der BUND in vielen niedersächsischen Einrichtungen, die Umweltbildung betreiben – neben den Nationalpark-Häusern an der Nordsee auch an der Elbe, im Harz und im Oldenburger Land.

BUND-Burg Lenzen: Deiche haben gehalten

31

Die BUND-Burg in Lenzen mitsamt ihrer Umgebung ist nicht nur ästhetisch ein wahres Juwel und zugleich ein wunderschönes (Bio-)Hotel, sondern sie vereint zudem Umweltbildung mit erfolgreicher Projektarbeit für Umwelt und Natur an der Elbe.

Der Sommer 2013 war vom größten Elbe-Hochwasser seit Jahrhunderten geprägt. In Lenzen haben die neuen Deiche dem Hochwasser getrotzt. Dies war der Beweis dafür, dass die größte funktionsfähige Deichrückverlegung in Deutschland in der Lenzener Elbtalaue erhebliche Wirkung gezeigt hat. Daran hat der BUND einen großen Anteil. Der Hochwasserscheitel wurde flussaufwärts deutlich gesenkt, was zu enormer Entlastung führte. Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck besuchte die Burg und lobte das Modellprojekt als herausragendes Beispiel für einen vorsorgenden Hochwasserschutz.

Der BUND nutzt die Burg auch als Sitz des „Europäischen Zentrums für Auenökologie, Umweltbildung und Besucherinformation“. Er setzt sich dafür ein, die Vielfalt typischer Auenlebensräume zu sichern und zu entwickeln. Das neue Projekt „Auenentwicklung und Auenverbund an der Unteren Mittelbe“ ist erfolgreich gestartet. Gefördert durch das Bundespro-

gramm „Biologische Vielfalt“ wird das Lenzener Projektteam gemeinsam mit seinen Partnern (BUND-Bundesverband, BUND-Stiftung, Karlsruher Institut für Technologie, TU Berlin) bis 2017 Grundlagen für einen größeren Auenverbund an der Unteren Mittelbe schaffen und die vielfältigen Leistungen intakter Auen für den Menschen untersuchen.

Das Gebiet der „Hohen Garbe“ steht dabei im Fokus: Mit 200 Hektar Hartholzau und einer faszinierenden Artenvielfalt ist sie ein wahres Auen-Juwel. Doch dem wertvollen Lebensraum fehlt der Anschluss an die Elbe, der wiederhergestellt werden soll. Nur so können sich die Arten genetisch austauschen und verbreiten.

Trotz der hochwasserbedingten Einbußen an Besucherzahlen kamen im vergangenen Jahr rund 18.000 Gäste auf die Burg Lenzen. Fast 4500 Gäste begleiteten die Burgmitarbeiter zu unvergesslichen Naturerlebnissen, lauschten gemeinsam den Rotbauchunken-Rufen, bestaunten „wilde“ Orchideen in voller Blütenpracht oder entdeckten den Eisvogel auf romantischer Paddeltour.

In der Bildungsarbeit des BUND-Besucherzentrums spielten Fachtagungen und Bildungsreisen zum Thema Auenökologie und zum „Grünen Band“ eine wichtige

Rolle. Gemeinsam mit dem Burghotel konnten u.a. Studienreisende des DGB-Bildungswerks Hessen, Stipendiaten der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und Großspender des BUND begrüßt werden. Naturschutzinteressierte aus ganz Deutschland pflanzten unter Anleitung der Burgmitarbeiter im Rahmen eines neuen Aktivreiseangebotes von BUND-Reisen neuen Auwald, entkusselten wertvolle Moore und genossen die Zeit des Vogelzugs im Unesco-Biosphärenreservat. Die 6. Naturschutztage an der Elbe boten zum Thema „Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung“ eine Plattform zum Erfahrungsaustausch, zur Diskussion und zur Vernetzung von Naturschützern und Umweltbildnern.

Ein ganz neues Erlebnis, das Natur und Kunst auf innovative Weise verbindet, entsteht derzeit am Fuße des Burghügels: Ein Natur-Poesie-Garten wird künftig die denkmalgeschützte Altstadt Lenzens mit dem Burgensemble verbinden.

Das Burghotel hat 2013 weiter an der Umsetzung des Kriterienkataloges für ein „BIO HOTEL“ gearbeitet – mit Erfolg: Im Januar 2014 wurde das Burghotel als erstes „BIO HOTEL“ in Brandenburg ausgezeichnet. Alle Reise- und Exkursionsangebote sind im Internet zu finden: www.burg-lenzen.de *Sabine Forberg*

TorfHaus: neue Wege in den Harz

Im Harz, am Fuß des Brockens, liegt das Nationalpark-Besucherzentrum TorfHaus, das der BUND federführend betreibt. 2009 entstand dort ein neues Gebäude mit einer neuen Ausstellung, die jährlich mehr als 100.000 Menschen anschauen, um sich über den Nationalpark zu informieren. Im vergangenen Jahr gab es vor allem draußen viele positive Ver-

änderungen: Das Außengelände wurde verschönert, und ein neues Besucherleitsystem bringt die Nationalpark-Gäste auf die richtigen Wanderwege. Almut Kottwitz, Staatssekretärin im Niedersächsischen Umweltministerium, hat im Sommer das neue System offiziell eröffnet.

Das TorfHaus-Team war in Abstimmung mit der Nationalparkverwaltung an

der Planung, Koordinierung und an allen Arbeiten beteiligt. Auf dem Vorplatz führt nun ein barrierefreier Bohlensteg zum Besucherzentrum, der durch eine große Stele mit großen Tier- und Pflanzenskulpturen bereichert wird. Über einen neu gepflasterten Platz und den Bohlensteg werden die Besucher zum Welt-Nationalpark-Denkmal geleitet, wo sich ein großartiger Blick Richtung Brocken in den Nationalpark bietet. Abgeschildert von Trubel und Hektik des Großparkplatzes und der Bundesstraße öffnet sich hier das Tor in den Nationalpark Harz. Am Ende des Bohlenstegs lädt ein Bereich zum Verweilen, Fotografieren und Naturerleben ein. Dieser Platz dient künftig auch als Treffpunkt für die geführten Wanderungen in den Nationalpark.

Der Bohlensteg geht über in einen neu angelegten Einstieg in das Wegenetz des Nationalparks, den Torfhaus-Stieg. Dieser 350 Meter lange Weg bietet Wanderern und Spaziergängern eine attraktive Anbindung an überregional bekannte Wanderwege, zum Beispiel den Goetheweg oder den Harzer Hexenstieg.

Heike Albrecht



Neuer Blickfang: Tier- und Pflanzenskulpturen heißen die Besucher im TorfHaus willkommen.

Foto: H. Albrecht

BUND-Bauernhof: immer mehr Arten auf den Wiesen

Der BUND betreibt einen eigenen Bauernhof im Oldenburger Land, um nach Wegen für eine nachhaltigere Landwirtschaft zu forschen. 2002 wurde der Hof Wendbüdel gekauft, um hier „wirtschaftlichen Naturschutz“ zu betreiben. Traditionelle Kulturlandschaft und Feuchtgrünland sollen erhalten werden,

ohne dass die dafür erforderlichen Arbeiten ein ständiges Zuschussgeschäft sind.

Im vergangenen Jahr wurde die Haupterntezeit durch die langanhaltende, trockene Kälte im Frühjahr und sehr starke Regenfälle im Juni verkürzt. So konnte mit der Haupternte erst im Juli begonnen werden. Die Naturschutzflächen mussten erneut

zweimal gemäht werden, sodass auf dem Hof erst Mitte Oktober die Erntezeit zu Ende ging. Trotz dieser Widrigkeiten konnten 300 Rundballen mehr geerntet werden als 2012.

Es hat sich erneut gezeigt, dass die zweimalige Mahd der Flächen zu immer artenreicheren Mähwiesen führt. 2014 ist deshalb mit einer noch größeren Artenvielfalt zu rechnen, da alle Wiesen kurzrasig in den Winter gegangen sind.

Zu den gemähten Flächen sind im vergangenen Jahr weitere hinzugekommen: Wiesen im FFH-Gebiet Delmetal, schwierig zu bewirtschaftende Brachen, konnten als landwirtschaftliche Fläche angemeldet und zweimal gemäht werden, weil es inzwischen geeignetes Gerät dafür gibt: Die Schlepper und Pressen auf dem Hof wurden mit doppelter Bereifung ausgerüstet.

Im Haupthaus des Gehöfts befindet sich die Wohnung des Betriebsleiters. Mit ihrem Ausbau wurde begonnen, und das riesige Dach wurde – auch mithilfe von Ehrenamtlichen – saniert und ist inzwischen fertig gestellt. Im laufenden Jahr wird ein neuer Betriebsleiter den Hof übernehmen.

Dr. Wolf Carius



Das neue Dach des Hof Wendbüdel erstrahlt im Sonnenschein.

Foto: BUND



Zahlreiche ehrenamtliche und hauptamtliche BUNDler aus dem ganzen Land sind im Herbst nach Lenzen gereist, um unter anderem im Rollenspiel herauszufinden, wie sie künftig effizienter miteinander arbeiten können.

Buntes BUND-Leben: Arbeit, Spaß und manchmal Lob und Ehre

Die Arbeit im BUND ist sehr vielfältig: Wer will, kann den Spaten in die Hand nehmen und mit anderen Aktiven Blühstreifen anlegen. Wer lieber hinterfragt und schreibt, kann sich am Schreibtisch an Stellungnahmen zu neuen Straßen austoben, und wer sein besonderes Fachwissen nicht nur für sich nutzen will, kann über die BUND-Arbeitskreise den ganzen Landesverband auf seine Linie bringen. Eins jedenfalls ist klar: Es gibt immer und überall etwas für Natur und Umwelt zu tun, und der Einsatz wird sogar manchmal mit Lob und Ehre in Form von Preisen belohnt.

33

Verbandsentwicklung – für einen noch besseren BUND

In fast allen Landkreisen engagieren sich Ehrenamtliche, um vor Ort etwas für Natur und Umwelt zu tun. Neben politischer Lobbyarbeit bewegt der BUND konkret etwas mit Projekten und Einrichtungen im ganzen Land. Kurzum, der BUND hat Erfolg, man kann sagen: Es läuft. Aber der BUND ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen, und es gibt immer mehr Themen im Land, die der Einmischung bedürfen. Parallel dazu ist der Verband in die Jahre gekommen, schließlich gibt es ihn seit mehr als 50 Jahren. Nach einer so langen Zeit sollen Strukturen sowie Formen der Zusammenarbeit und Kommunikation überdacht werden, um besser arbeiten zu können.

Deshalb hat der Landesvorstand einen Verbandsentwicklungsprozess gestartet, bei dem jeder BUND-Aktive – egal ob haupt- oder ehrenamtlich im Einsatz – seine Meinung einbringen und Vorschläge machen kann, um den BUND handlungsstärker zu machen, das Wir-Gefühl zu stärken und neue, insbesondere jüngere Mitglieder für die Arbeit zu gewinnen.

Unterstützt wird dieser Prozess durch die Socius Organisationsberatung, die auch schon für die Bundesebene des BUND gearbeitet hat. Mit einer Auftaktveranstaltung im April 2013 wurde der Prozess mit über 40 Aktiven begonnen. Dabei wurde eine Steuerungsgruppe gewählt und Fachgruppen ins Leben gerufen. Die Fachgruppen arbeiten seitdem zu den Themen:

- Modernisierung der Strukturen
- Fokussierung
- Kommunikation
- Verbandskultur
- neue/junge Aktive

Beim Kreisgruppentreffen im Herbst wurden Zwischenergebnisse der bisherigen Arbeit vorgestellt und die Formen der Zusammenarbeit im Verband mithilfe einer Simulation erlebbar gemacht. Dabei wurden bereits konkrete Vorschläge erarbeitet.

Die Steuerungsgruppe hat folgende Aufgaben übernommen, um den Prozess bis zur Jahresvertreterversammlung 2014 weiterzubringen:

- Eine Verbandswerkstatt im Vorfeld der Jahresvertreterversammlung wird vorbereitet.
- Die Ergebnisse vom Kreisgruppentreffen zum Verbandsentwicklungsprozess werden im Intranet des BUND Niedersachsen präsentiert.
- Die Vorschläge, die im Verlauf des Prozesses gemacht wurden, werden dokumentiert, damit sie weiter bearbeitet werden können.
- Die Arbeitsergebnisse der verschiedenen Gruppen werden stärker in den Gesamtprozess einbezogen.

Der nächste Meilenstein in der Verbandsentwicklung wird die Verbandswerkstatt sein, die voraussichtlich vom 12. bis zum 14. Juni 2014 in Hannover stattfindet. In dieser „Werkstatt“ sollen konkrete Vorschläge für die Weiterentwicklung des Verbandes diskutiert werden und notwendige Veränderungen in die Entscheidungsgremien des Verbandes – etwa die Jahresvertreterversammlung – getragen werden.

Tilman Uhlenhaut

Zwei neue BUND-Arbeitskreise in Niedersachsen



Dr. Mona Gharib



Dr. Wolfgang Wesely

Fotos: BUND

In den BUND-Landesarbeitskreisen arbeiten Experten und interessierte Aktive wichtige Themen des Umweltverbandes und beraten beispielsweise den BUND-Landesvorstand. Bislang gibt es Arbeitskreise zu folgenden Themen: Klimaschutz und Energie, Landwirtschaft, Naturschutz und Planung, Wald, Libellen und Schmetterlinge sowie Verkehr. Die Teilnehmer treffen sich – meist in Hannover – bis zur vier Mal im Jahr und tauschen sich aus. Nun kommen zwei neue Arbeitskreise hinzu.

Arbeitskreis „Greening der Wirtschafts- und Strukturpolitik“

Der Arbeitskreisname wurde in Anlehnung an das „Greening der Agrarpolitik“ gewählt. Es geht darum, dass bei der Umsetzung der europäischen Strukturfonds (zum Beispiel EFRE und ELER) in der nächsten Förderperiode bis 2020 sichergestellt werden muss, dass den ehrgeizigen Anforderungen an CO₂-Reduzierung, Energie- und Ressourceneffizienz, Klimaschutz und Umweltschutz tatsächlich entsprochen wird.

Der Arbeitskreis kann sich darüber hinaus auch dem Thema „Umwelt- und Klimaschutz in der Wirtschaft“ widmen:

Will der BUND den dringend erforderlichen ökologischen Wandel der Wirtschaft den Wirtschaftsakteuren allein überlassen oder sich stärker einmischen?

Arbeitskreis Chemie

Die Chemie ist ein wesentlicher Teil des Alltags geworden, jeder kommt täglich hunderte Male damit in Berührung – ohne sich dessen immer bewusst zu sein. Gerade deswegen darf das Thema Chemie bei Umweltverbänden nicht fehlen, denn es geht um viele Fragen zum Verbraucher-, Umwelt- und Naturschutz. Im Arbeitskreis tauschen sich sehr unterschiedliche Mitglieder aus: von promovierten Chemikern aus Forschung und Lehre bis hin zu interessierten Laien. Der Arbeitskreis beschäftigt sich mit:

- Chemie im Alltag/Konsumprodukten
- Fracking
- Pestiziden in der Landwirtschaft
- Bodenfruchtbarkeit, Veränderung der Böden in Zeiten des Klimawandels
- CO₂-Speicherungsmöglichkeiten, geochemische Wechselwirkungen

Dr. Wolfgang Wesely

Dr. Mona Gharib

Niedersächsischer Ehrenamtspreis für Reinhard Löhmer

Dr. Reinhard Löhmer verbringt sehr viele Stunden seines Lebens nicht nur in unzähligen BUND-Sitzungen, sondern im Moor. Dieses Ökosystem hat es dem stellvertretenden BUND-Landesvorsitzenden schon vor mehr als 40 Jahren angetan, seither engagiert er sich für den Moorschutz. Die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung hat ihn dafür im vergangenen Jahr mit dem Niedersächsischen Ehrenamtspreis ausgezeichnet.

Löhmer war 1972 Gründungsmitglied der Faunistischen Arbeitsgemeinschaft Moore (FAM), ein Zusammenschluss von rund 50 ehrenamtlichen Moorschützern; seit 1974 ist er deren Sprecher. Zusammen mit dieser Arbeitsgemeinschaft und auch dem BUND hat sich der Biologe auf politischer Ebene Gehör verschafft, um die Rolle der Moore als Lebensraum sowie für den Klimaschutz im Bewusstsein der Landespolitiker zu verankern. Löhmer war sich daneben nie zu schade, selbst Hand anzulegen beim Entkusseln oder beim Verschließen von Entwässerungsgräben in der Hannoverschen Moorgeest oder der Diepholzer Moorniederung.

Carla Juhre



Reinhard Löhmer bedankt sich bei der Jury für die Auszeichnung.

Foto: Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung

Frischer Wind – zwei neue Mitglieder im Landesvorstand

Neue Gesichter aus Süd- und West-Niedersachsen: Ralf Hermes und Cord Petermann unterstützen seit 2013 als gewählte Mitglieder den Vorstand des BUND-Landesverbands. Beide engagieren sich seit langem für den Umweltverband.

Ralf Hermes ist seit 22 Jahren Vorsitzender der Kreisgruppe Hameln-Pyrmont, arbeitet dort intensiv im Natur- und Umweltschutzzentrum mit und organisiert zahlreiche Veranstaltungen, Aktionen und Ausstellungen etwa zum Thema Verkehr oder Grün in der Stadt. Für sein Engagement wurde der 50-jährige Polizist schon mit dem Konrad-Buchwald-Preis des BUND-Landesverbands geehrt. Im Vorstand möchte Hermes als Bindeglied für die Kreisgruppen dienen.

Cord Petermann arbeitet an der Hochschule Osnabrück als Professor für „Sozio-ökonomie der räumlichen Entwicklung“. Petermann stammt aus dem Landkreis Diepholz, weshalb ihm vor allem das BUND-Projekt „Diepholzer Moorniederung“ am Herzen liegt; er ist auch Mitglied im



Prof. Cord Petermann (l.) und Ralf Hermes engagieren sich im BUND-Landesvorstand.

Foto: BUND

Beirat des „Europäischen Fachzentrums Moor und Klima“, das derzeit im Kreis Diepholz entsteht. Im Landesvorstand will er sich vor allem mit dem Thema Regionalentwicklung befassen. Der 47-Jährige hat

als Professor zudem engen Kontakt zu jungen Menschen und bekommt dadurch mit, wie der BUND sie künftig zu mehr Engagement bewegen könnte.

Carla Juhre

BUND-Lob für Wolfgang Wesely

Der BUND zeichnet alljährlich bei seiner Jahresvertreterversammlung Aktive aus, um ihnen für ihr besonders intensives, erfolgreiches und langes Engagement für den Umweltverband zu danken. 2013 ging der „Konrad-Buchwald-Preis“ an Dr. Wolfgang Wesely. Wolfgang Wesely hat in über 28 Jahren ehrenamtlichen Engagements große Verdienste im Natur- und Umweltschutz erworben, zum Beispiel als treibende Kraft in der „Euro-

pean Nature and Environment Academy e.V.“ (ENEA) oder durch seine engagierte Mitarbeit in unterschiedlichen politischen Fachausschüssen und Gremien des Landes. Zusätzlich übte er im Landesverband viele Jahre das wichtige Amt des Schatzmeisters aus. Besonders geehrt wurde auch der Lüneburger Reinhart Günzel für sein langjähriges Engagement im Landesvorstand.

Carla Juhre



Heiner Baumgarten dankt Dr. Wolfgang Wesely.

Foto: BUND

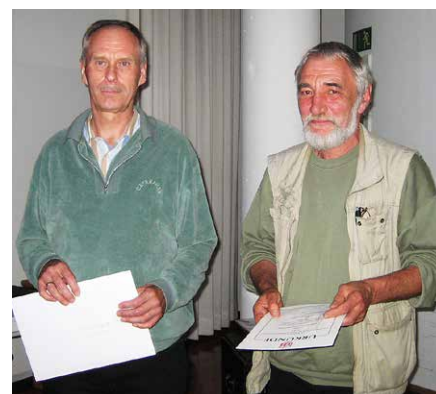
Umweltpreis für Rotenburger BUND

1990 hatte die Stadt Rotenburg/Wümme zum ersten Mal einen Umweltschutzpreis für vorbildliche Projekte und Aktivitäten im Stadtgebiet ausgeschrieben – und auch 2013 gab es wieder eine Preisverleihung. Die Juroren mussten sich zwischen 13 Umweltschutzmaßnahmen entscheiden und wählten zweimal Aktionen der BUND-Ortsgruppe Rotenburg: Einen Dankeschön-Preis gab es für die Anlage eines Staudenbeetes an einer öffentlichen Straße, das einen Beitrag zur biologischen Vielfalt leistet.

In der Kategorie Vereine/Bündnisse/Institutionen bekam die Ortsgruppe den

dritten Preis für die Erarbeitung eines regionalen Einkaufsführers, der in einer Auflage von 36.000 Exemplaren an alle Haushalte im Altkreis Rotenburg verteilt wurde. Den ersten Preis in dieser Kategorie gab es für das Bündnis für artgerechte Tierhaltung für die Öffentlichkeitsarbeit/Sensibilisierung im Bereich Tierhaltung, Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion. Und auch hier war der BUND Rotenburg beteiligt: Er ist Mitbegründer des Bündnisses und Manfred Radtke, Vorsitzender der Ortsgruppe, ist dessen Sprecher und gibt einen Rundbrief zum Thema heraus.

Manfred Radtke



Manfred Radtke und sein Stellvertreter Uwe Brandt (r.) wurden geehrt.

Foto: BUND

Schöner Arbeiten in der Landesgeschäftsstelle

Wer im vergangenen Jahr in der Landesgeschäftsstelle des BUND in Hannover zu Besuch war, hatte Glück, wenn nicht gerade laute Bohrgeräusche zu hören waren oder eine Baustaubwolke die Sicht behinderte. Die BUND-Mitarbeiter mussten täglich ihre Bildschirme wischen, viele Wochen ohne Bürotüren arbeiten, während Handwerker mit Wasserwaagen und Zollstöcken umherwuselten und das Kreischen von Sägen und Bohrmaschinen zu hören war. Doch diese Einschränkun-

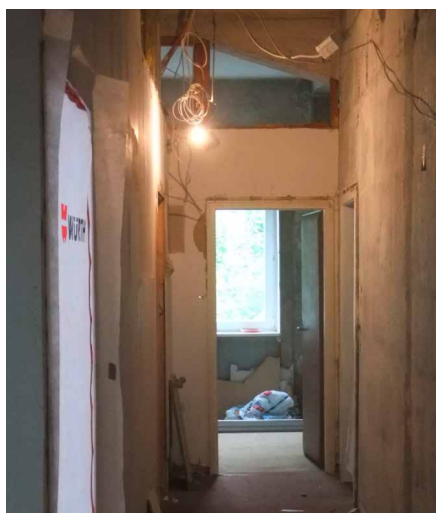
gen waren keinesfalls ein Grund für Beschwerden, sondern ein Grund zur Freude: Die Büros erstrahlen inzwischen in einem neuen Glanz und bieten beste Arbeitsbedingungen.

Gut ein halbes Jahr lang dauerten die Bauarbeiten in der zweiten Etage, in der die meisten Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle sitzen, an: Die abgehangenen Decken wurden abgerissen, die Wände gedämmt, der 20 Jahre alte Teppichboden wurde entfernt und die komplette Elektrik

samt Datenverarbeitungsleitungen erneuert. Außerdem ging es darum, Vorgaben des Arbeitsschutzes zu erfüllen: Nun haben die Mitarbeiter beispielsweise eine ordnungsgemäße Beleuchtung in ihren Büros.

Der BUND Landesverband Niedersachsen hat das Umwelthaus vor acht Jahren erworben. Viele Teile des Hauses konnten inzwischen – auch dank vieler Spenden – renoviert und energetisch saniert werden.

Elvi Schneider

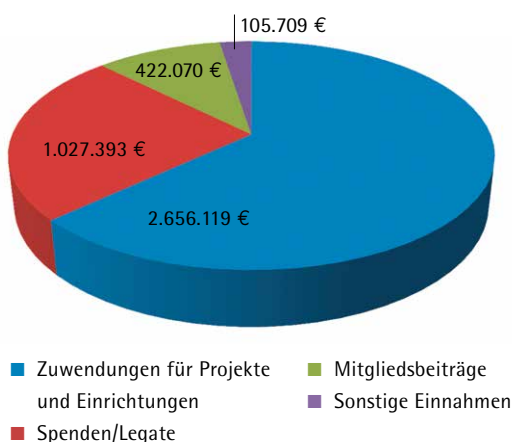


Vorher – nachher: Das linke Bild zeigt den Flur während der Bauarbeiten. Die Handwerker hatten sehr viel zu tun, bis alles in neuem Glanz erstrahlte (Bild rechts).

Fotos: BUND

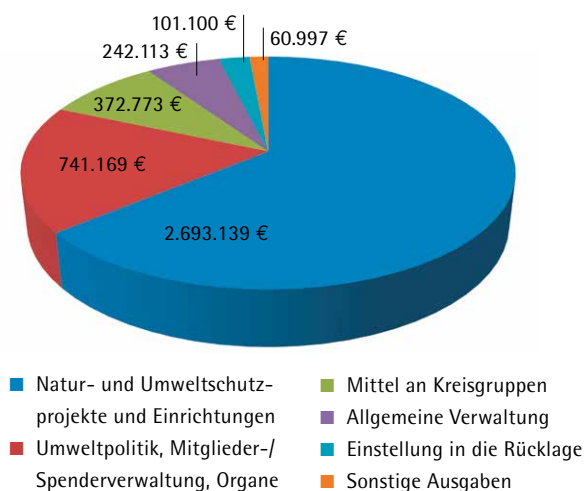
Haushalt 2013

Einnahmen



Einnahmen gesamt: 4.211.292 Euro

Ausgaben



Ausgaben gesamt: 4.211.292 Euro

**Zahlen entsprechen dem derzeitigen Stand der Buchführung. Jahresabschlussbuchungen können das Ergebnis noch verändern.*



Auf einer der stiftungseigenen Flächen (Rieseberg/Königsutter) wächst der „Gelbe Frauenschuh“, eine wild wachsende Orchideenart, die unter strengstem Schutz steht.

Foto: K.-F. Weber

Natur pur auf 650 Hektar – Stiftung Naturlandschaft macht es möglich

37

Neben ehrenamtlichem Engagement und Fachwissen, muss für einen soliden Naturschutz auch schlicht und ergreifend Geld zur Verfügung stehen. Die „Stiftung Naturlandschaft“ nutzt ihr Geld vor allem dafür, schutzwürdige Landschaften für die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten. Außerdem finanziert sie Pflege- und Entwicklungsarbeiten, Umweltinformation und Umweltbildung.

Zurzeit besitzt die Stiftung etwa 650 Hektar Flächen in vier Bundesländern. Die operative Ausrichtung der Stiftung Naturlandschaft erfordert inzwischen ein wachsendes Management dieser Flächen. Der größte Teil besteht aus wertvollen Biotopen, davon rund 400 Hektar Wälder, die der Entwicklung zu nutzungs-freien Naturwäldern überlassen bleiben.

Daneben gehören der Stiftung etwa 100 Hektar Moorflächen, um Moore zu erhalten und zu schützen. Zu diesem Zweck wurden im vergangenen Jahr insbesondere im Nincoper und Neuenfelder Moor bei Neu Wulmstorf Vernässungs- und Entkusselungsarbeiten fortgesetzt. Die Stiftung konnte 2013 ihr Flächeneigentum unter anderem durch Schenkungen und Übernahme von Kompensationsflächen noch einmal um sieben Hektar vergrößern.

Als Schwerpunkte der Stiftungsarbeit haben sich Verwaltung und Management der eigenen Flächen, die Beratung von BUND-Kreisgruppen sowie die wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen des Zweckbetriebes erwiesen. Die Stiftung besitzt seit

2010 eine „Umweltburg“ in Königsutter, wo sich auch der Sitz der Geschäftsstelle befindet. Die Burg hat sich bereits in wenigen Jahren zu einem allgemein bekannten Zentrum mit regionaler Ausstrahlung entwickelt. Im vergangenen Jahr wurde ein Betriebshof eingerichtet, der die Voraussetzung für ein effizientes Flächenmanagement schafft.

Die Umweltburg Königsutter wird nicht nur unter ideellen, sondern auch unter wirtschaftlichen Aspekten einer Immobilie betrachtet. Das dafür eingesetzte Kapital rentiert sich bislang angemessen. Mieter sind das Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen, der Geopark Harz.Braunschweiger Land.Ostfalen, die BUND- und NABU-Kreisgruppen im Landkreis Helmstedt sowie die Geschäftsstelle des Naturparks Elm-Lappwald der Landkreise Helmstedt, Wolfenbüttel und der Stadt Braunschweig. Ein restaurierter Tagungsraum bietet Platz für rund 60 Teilnehmer und wird zunehmend von anderen Organisationen genutzt.

Die Verzinsung des Stiftungskapitals allein erzielt generell keine inflationsbe-

reinigten Renditen, aus denen größere Projekte finanziert werden könnten. Doch kontinuierliche Einnahmen werden aus wirtschaftlichen Tätigkeiten im Zweckbetrieb generiert, die den Verwaltungsaufwand abdecken und einen weiteren abgesicherten Ausbau der Aktivitäten ermöglichen.

Seit der Gründung der Stiftung gibt es eine Maxime: Der stets konsolidierte Vermögensaufbau sollte vor allem durch Grund- und Immobilieneigentum garantiert sein. Dies bestätigt sich in Zeiten schwieriger Geldmärkte als richtig. Die Stiftung kommt mit einem sehr geringen Verwaltungsaufwand aus – bedingt durch die weitgehend ehrenamtliche Personalstruktur. Dies führt dazu, dass Zuwendungen an die Stiftung vollständig dem Naturschutz zugutekommen. Auf diesem wirtschaftlich unabhängigen Kurs wird sich die Stiftung zielgerichtet weiterentwickeln und ihre umfangreiche Hilfestellung für die Kreisgruppen ausbauen können. Dazu wird sie die Einwerbung von Zuwendungen auf individuelle Weise verstärken.

Karl-Friedrich Weber

Förderer

Der BUND Niedersachsen bedankt sich herzlich bei den Unterstützern der Projekte im vergangenen Jahr:

- Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)
- Bundesprogramm „Leben.Natur.Vielfalt“
(Bundesumweltministerium und Bundesamt für Naturschutz)
- Hanns R. Neumann Stiftung
- Manfred Hermesen Stiftung
- Umwelt-Stiftung Weser-Ems
- Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft,
Küsten- und Naturschutz (NLWKN)
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Niedersächsische Landesforsten
- Stiftung Zukunft Wald
- Anheuser-Busch InBev

Bildnachweis

Titelbild: Luise / pixelio.de

Rücktitel: M. Großmann / pixelio.de

Impressum

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a, 30161 Hannover
Postfach 1106, 30011 Hannover
Tel: (0511) 965 69 - 0
Fax: (0511) 66 25 36

E-Mail: bund.nds@bund.net
<http://www.BUND-Niedersachsen.de>

verantwortlich

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler

Redaktion

Carla Juhre
Thomas Mura

Layout

silvi@weindok.de

Druck

www.druckhaus-pinkvoss.de
Mai 2014



**Werden Sie aktiv im BUND,
werden Sie Mitglied, Förderer oder
unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende.**

**Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE76 251205100008498404
BIC: BFSWDE33HAN**

**Der BUND Niedersachsen
ist als gemeinnützig anerkannt.
Spenden sind von der Steuer absetzbar.**

**Mehr Informationen:
www.bund-niedersachsen.de
Tel. (0511) 965 69-0**